

Frauenrechte	Seite 4
Algerien	Seite 9
Stasi-Hetze	Seite 12

KORONA

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 139 - März 1992

1 - DM - Solidaritätspreis: 2 - DM

Löhne rauf, Löhner runter

Natürlich würden Kürzungen der fetten Politiker-einkommen zur Finanzierung der Gewerkschaftsforderungen bei weitem nicht ausreichen. Aber es stößt uns sauer auf, daß ausgerechnet Minister und Millionäre zum Maßhalten aufrufen. Leute, die an einem Tag mehr verdienen als ein Arbeiter im ganzen Monat.

Graf Lambsdorff von der FDP fordert fünf Jahre Nulllöhne - für die Arbeitnehmer. Auch die Fürsten und Grafen im Mittelalter hielten die Klagen ihrer Untertanen für überzogen und forderten noch mehr Pacht und Abgaben. „Teile und herrsche“ ist die Methode von Kohl und Kapitalisten: Öffentlicher Dienst gegen die Beschäftigten in der privaten Wirtschaft, „Arbeitsplatzbesitzer“ gegen Arbeitslose.

Aber Kohl hat uns alle geschöpft. Und im öffentlichen Dienst wurde 1990 noch 18,5% weniger verdient als in der Privatwirtschaft! Allein im letzten Jahr wurden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die Mineralölsteuer, Versicherungssteuer und die Telefonkosten erhöht. Dazu kam der „Solidaritätszuschlag“ und die steigende Inflation.

Das Ergebnis: 1991 gab es für westdeutsche Arbeitnehmer ein Minus beim Nettoeinkommen von 2,7% in Einpersonenhaushalten und 1,1% in Vierpersonenhaushalten. In Ostdeutschland blieb für Angestelltenhaushalte ein Plus von zwischen 4,9 und 5,7% übrig, in Arbeiterhaushalten gab es ein Minus von 2,2 bis 2,7%.

Es gibt jetzt offiziell 3,2 Millionen Arbeitslose in Deutschland. In den letzten Jahren lief die deutsche Industrie auf Hochtouren. Aber anstatt vieler neuer Arbeitsplätze gab es 1991 1,85 Milliarden Überstunden, das entspricht rein rechnerisch fast einer Million Neuenstellungen. Wenn selbst im Aufschwung die Gewinne explodierten, ohne das groß in neue Arbeitsplätze investiert wurde, ist doch eines klar: Lohnverzicht schafft keine neuen Arbeitsplätze, sondern

steigert nur die Profite auf Kosten der Arbeitnehmer.

Daß alle Arbeitnehmer die gleichen Interessen haben, sieht man an der Argumentation der Unternehmer und ihrer Interessenvertreter in der Politik. Sie sind immer gegen Lohnerhöhungen - im öffentlichen Dienst wie in der privaten Wirtschaft, in der Krise wie im Aufschwung.

Die Unternehmer klagen über die abflauende Konjunktur und zu hohe Lohnkosten. Aber ihnen geht es so gut wie nie, sie haben nach Berichten der Bundesbank 1500 Milliarden DM auf der hohen Kante. Das Geld für die Finanzierung der Gewerkschaftsforderungen ist in den Kassen von Konzernen und Banken.

Das ist die Antwort auf das Argument der leeren Kassen in Ländern und Kommunen, das von den öffentlichen Arbeitgebern gegen die mehr als berechtigten Forderungen der ÖTV vorgebracht wird.

Die Führungen der Gewerkschaften müssen die Macht der Millionen Mitglieder voll einsetzen, um das Geld von den Millionären zu bekommen.

SPD-Chef Björn Engholm sollte nicht zu einer „konzertierten Aktion“ mit Arbeitgebern und Bundesregierung aufrufen, sondern für einen Schulterschluss von SPD und Gewerkschaften sorgen. Die SPD-Politiker in Ländern und Kommunen müssen ihre Angriffe auf die ÖTV einstellen und mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zusammen gegen Steuergeschenke an die Reichen und für mehr Geld von Bonn kämpfen.

Fortsetzung auf Seite 6: Argumente gegen die Unternehmerpropaganda

Unter Diktator



Wirtschaftsminister Müllemann im Angriff auf die Gewerkschaften. Mit seinen 35.000 DM Monatseinkommen kann er eine Nullrunde wegstechen, wir aber nicht!

Hat die SPD noch alle Tassen im Schrank?

Diese Frage stellen sich nach Meinung eines verzweifelten Parteivorsitzenden zur Zeit viele Menschen.

SPD-Chef Björn Engholm liegt damit zwar leider richtig. Es fragt sich allerdings, ob nicht viele es momentan ausgegeben haben, sich noch groß über die SPD zu wundern. Der kürzliche Einstieg des ehemaligen SPD-„Hoffnungsträgers“ Volker Hauff (ehemaliger Bundesminister und Bürgermeister von Frankfurt) beim „Bild“-Hetzpropaganda produzierenden Springer-Konzern paßt so richtig ins Bild einer nach rechts weit

offenen Partei.

Dabei bestünden eigentlich gute Chancen, den Unnutz großer Teile der Bevölkerung mit der Kohlregierung auszugreifen und eine kraftvolle Kampagne gegen die Wahlbetrüger zu führen. Denn den meisten ist klar, daß Kohl vor den Bundestagswahlen 1990 gelogen hat. Darnals sagte er unter einer CDU-Regierung wird es keine Steuererhöhung geben, die Wirtschaft im Osten wird aufgebaut. Das Gegenteil ist der Fall. Sein Versprechen, Keinem wird es schlechter gehen, bezog sich auf eine reiche

Minderheit, deren Interessen von CDU und FDP vertreten werden. Viele Unternehmer, besonders die „Großen“, konnten aus dem Absatzmarkt im Osten Riesengewinne verbuchen. In neue Arbeitsplätze investierten sie diese Gewinne kaum. Von der Bundesregierung wurden sie für diese „Solidarität“ noch mit Steuergeschenken belohnt.

Fortsetzung auf Seite 2: „Unser Standpunkt“

Unser Standpunkt:

Hat die SPD noch alle Tassen im Schrank?

Fortsetzung von Seite 1

Kolleginnen und Kollegen in der ehemaligen DDR werden zum Nichtstun verdammt und müssen von staatlichen Almosen leben. Die dadurch entstehenden Kosten für die Länder soll durch die Mehrwertsteuererhöhung die Masse der kleinen Steuerzahler in Ost und West übernehmen. Vorher hieß das ganze Solidaritätsabgabe, für die ebenfalls nicht die Reichern, sondern die Arbeitnehmer draufzahlen hatten.

Steuererhöhung - SPD ohne Alternativen

Im Vorfeld der Bundestagsitzung vom 14.2., bei der schließlich das Umfallen von Brandenburgs SPD-Ministerpräsident Stolpe den Beschluss über eine Mehrwertsteuererhöhung ermöglichte, gab es in der SPD-Führung scharfe Debatten über diese Frage. Während die Bundes-SPD dazu aufrief, einer Erhöhung nicht zuzustimmen, hofften die SPD-Ministerpräsidenten der Länder auf höhere Einnahmen, wenn sie einen Kompromiß mit der Bundesregierung eingehen. Einen Tag vor der Entscheidung über die Mehrwertsteuererhöhung stellte Oskar Lafontaine richtigweise fest, daß die Bundesregierung Stolpe zu erpressen versuche, indem sie mit der Verweigerung von Geldern für die neuen Bundesländer drohe.

Aber Stolpe ist nicht allein verantwortlich. Die gesamte SPD-Führung hat es verpaßt, eine Alternative zum CDU/FDP-Steuerpaket aufzuzeigen. Sie hat nicht erklärt, daß der wahre Interessengegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern verläuft. Ihre Parole hätte lauten müssen: Steuererhöhungen für die Reichen, nicht für die breite Masse!

Angriffe auf Arbeitnehmer - mit SPD-Zustimmung?

Neue Angriffe gegen die Arbeiterklasse sind schon angekündigt worden. Dabei geht es in erster Linie darum, den wirtschaftlichen Abschwung für die Kapitalisten so angenehm wie möglich zu gestalten. Die sinkenden Profite sollen durch niedrigere Löhne, flexiblere Arbeitszeiten usw. ausgeglichen werden. Daher sind die diesjährigen Tarifauseinandersetzungen härter denn je. Daß Waigel (CSU) oder Möllemann (FDP) ins selbe Horn blasen, ist wegen ihrer Rolle als Interessenvertreter des Kapitals nicht verwunderlich.

Doch wenn SPD-Politiker wie z.B. Niedersachsens Ministerpräsident Schröder und Heide Simonis (Verhandlungsführerin für den öffentlichen Dienst) solche Äußerungen von sich geben, fallen sie damit der eigenen Basis und Wählerschaft in den Rücken.

Niedrigere Löhne werden den Unternehmen nicht ausreichen, um im kommenden Wirtschaftsabschwung über die Runden zu kommen. Die Bedingungen, um noch mehr aus den Arbeitern rauszuholen, müßten dafür verbessert werden. Doch auch hier warten wir vergeblich auf die konsistente Gegenwehr der SPD-Führung. Stattdessen hört man vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Klose einen weiteren Vorschlag: Über die Flexibilisierung der Arbeit müsse verstärkt nachgedacht werden. Damit wolle er wohl seinen „Kollegen“ von der Regierungskoalition helfen!

Weitere Vorhaben der Bundesregierung sind bereits angekündigt worden. Waigel möchte Bahn und Telekom privatisieren, um die profitablen Bereiche privaten Investoren zu überlassen. Unternehmer sollen sich gegen Steuerzahler mühen neben zu hohen Preisen und Gebühren auch noch die Kosten für diese Verluste übernehmen. Die Privatisierung würde eine Grundgesetzänderung erfordern, die nur mit Zustimmung der SPD-Fraktion umzusetzen ist. Leider haben einzelne SPD-Politiker auch hier bereits Kompromißbereitschaft gezeigt.

Politik gegen Flüchtlinge - SPD-Führung macht mit

Ein ähnliches Bild gibt die SPD bei der Frage der Asylrechtsänderung ab. Zwar stellt sie sich bisher gegen eine Grundgesetzänderung, doch wird sie wahrscheinlich zustimmen, wenn es zu einer europaweiten "Lösung" kommt. Auch ihre jetzige Haltung zur Asylfrage ist inkonsistent. Neben zur Grundgesetzänderung, aber ja zur Beschleunigung des Asylverfahrens. Dies heißt nichts anderes als schnellere Abschiebung. Mit dieser Position können Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit nicht bekämpft werden. Das Ziel der konservativen Parteien ist es, Ausländer als Verursacher der sozialen Probleme hinzustellen und von ihrer sozialen Politik abzulenken. Mit ihrer Kompromißhaltung unterstützt die SPD-Führung diese Argumentation, anstatt klarzumachen, daß die wahre Ursache im kapitalistischen System liegt, das Arbeitslosigkeit und Armut produziert.

Mit dem Vertrauen in das freie Spiel der Kräfte der Marktwirtschaft und mit einer reformistischen Politik wird die SPD-Führung keine Alternative aufzeigen und sich in immer mehr Widersprüchen verstricken. Wenn die SPD aber nicht endlich eine Oppositionspolitik macht, die diesen Namen verdient, hat die Bundesregierung ein leichtes Spiel, um weitere Angriffe gegen Arbeitnehmer zu starten. Deshalb müssen wir gemeinsam in SPD und Gewerkschaften für eine sozialistische Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung kämpfen.

VORAN zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V., verantwortlich die Redakteurin: Angela Bankert.
Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 02 21/13 45 04, Fax 02 21/13 72 80.
Druck:
Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.
Bankverbindung:
Postgpoamt Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

Baden-Württemberg

Autoindustrie in der Krise

Am 5. April sind Landtagswahlen in Baden-Württemberg. Trotz ihrer negativen Bilanz in Wohnungsbau, Umweltschutz, Bildungsbereich und Verkehr konnte sich die CDU-Landesregierung bisher noch mit der wirtschaftlichen Stabilität und der bundesweit niedrigsten Arbeitslosenquote (4,3%) im "Musterländle" brüsten. Doch die Perspektiven für die wirtschaftlichen Standorte Baden-Württemberg sind alles andere als rosig. Im Maschinenbau plant jeder zweite Konzern Entlassungen. Und von den 800.000 Beschäftigten der kriselnden deutschen Autoindustrie sind ein Viertel in Baden-Württemberg.

Die Daimler-Benz AG plant für 1992, ihre Produktion zurückzufahren. Statt 565.000 PKW wie im Vorjahr sollen nur 548.000 gebaut werden. Es ist ein Einstellungsstopp ausgesprochen worden, verlängerte Arbeitsverträge werden nicht in diesem Jahr auf ihre Jobs verzichten. Noch schlimmer hat es die Porsche AG erwischt: Sie mußte im vergangenen Geschäftsjahr einen Produktionsrückgang von 31.200 auf 26.500 Autos hinnehmen und befindet sich weiterhin im Abwärtstrend. Vorstandschef Arno Bohm rechnet mit 25.000 verkauften PKW im laufenden Geschäftsjahr. 6% der Belegschaft sollen abgebaut werden, für den Rest gibt es im ersten Halbjahr 1992 rund 14 Tage Kurzarbeit. Angelenen haben die Absatz-

schwierigkeiten im Exportgeschäft. Die Rezessionen in den USA und in Großbritannien ließen den dortigen Automarkt insgesamt um 11,8 bzw. 20,7% schrumpfen. Auch in Frankreich und Japan nehmen die Neuzulassungen deutlich ab.

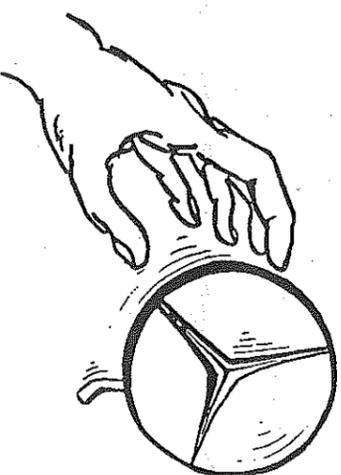
Nobelmarken besonders betroffen.

Bis zum Sommer 1991 wurde der Rückgang der Ausfahrten durch den Inlandsboom infolge der Wiedervereinigung ausgeglichen. Vom Umsetzungsbruch nach dem Auslaufen der Steuerbegünstigungen im Juli 1991 hat sich die Branche auffallend langsam erholt. Die Auftragsbestände sind jetzt nur noch halb so groß wie vor einem Jahr.

Den wachsenden Konkurrenzdruck bekamen in der Vergangenheit vor allem die Autzulieferer zu spüren. Sie konnten ihre Preise in den letzten Jahren lediglich um 1,4% erhöhen. Die Geschäftsbedingungen werden einseitig von den Autoherstellern diktiert. Vertreter des Autokonzerns lauten durch die Fabriken des Zulieferers und schreiben bis ins Detail die Produktionsplanung und die Produktionszeiten vor.

Die Unternehmensgruppe Bosch erzielt die Hälfte ihres Umsatzes in der Kraftfahrzeugausrüstung. Sie expandiert in den neuen Bundesländern und hat deshalb die Belegschaft lediglich um 4.000 auf 177.200 Beschäftigte reduziert. Der Kolbenhersteller Mahle GmbH hat allein in seinem Stammwerk in Stuttgart-Bad Cannstatt seit 1989 von ursprünglich 3.000 Arbeitsplätzen mehr als ein Drittel abgebaut.

Die Probleme der Zulieferindustrie waren schon in den 70er Jahren bekannt. Die CDU-Landesregierung hat sich jedoch bisher darauf beschränkt, ein Wettbewerbsgutachten in Auftrag zu geben und einzelne For-



Schleswig-Holstein

Endlich richtig aufklaren!

Auch in Schleswig-Holstein sind am 5. April Landtagswahlen. Vor vier Jahren, am 8. Mai 1988 war es "Zeit zum Aufklaren" (auf hochdeutsch: Aufklären) - so der damalige Wahlstlogan der SPD. Neuwahlen waren nach der "Bauschiel-Affäre" und aufgrund eines Patts im Landtag nötig geworden. Die SPD stieg mit satzten 54,8%.

Tatsächlich legte die Regierung Eingeholn auch ganz gut los: Sozialminister Jansen entzog dem Kernkraftwerk Brokdorf die Betriebslizenz und provozierte so einen Streit mit dem damaligen Bundes-Umweltminister Topfer. Allerdings beugte sich die Landesregierung dem Druck aus Bonn - Brokdorf bringt uns auch heute noch zum Strahlen.

Mit den Stimmen von SPD und SSW (Süd-Schleswigischer Wählerverband, Partei der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein) beschloß der Landtag die Einführung des kommunalen Wahlrechts für AusländerInnen, die seit mindestens acht Jahren in Schleswig-Holstein leben. Das Bundesverfassungsgericht hielt dies für rechtswidrig und verbot das Gesetz.

Spätestens nach diesen ersten Niederlagen hätte die Landesregierung eingentlich einsehen müssen, daß sie sich auf breitere Mehrheiten zu stützen hat. Doch sie verzichtete darauf, in der Bevölkerung für ihre Positionen zu mobilisieren.

Vor dem Hintergrund einer gewissen wirtschaftlichen Erholung (die Ar-

schungsprojekte zu fördern. Die SPD-Fraktion fordert mehr Entwicklungskaktivitäten, Technologieberatung und Marketingkonzepte. Sie will damit bewirken, daß die Lohnkosten sinken und keine Marktanteile verlorengehen. Damit präsentiert sich die SPD als bessere Vertreterin der Unternehmensinteressen - auf Kosten der Arbeitnehmer.

Plan-statt Profitwirtschaft!

Nötig ist eine langfristige Industriepflichtung, gegen die Allmacht und das Profitinteresse der Konzerne. Wohnbereichlich führen kann, zeigt sich an der Produktentwicklung der Porsche AG. Nach mehreren Jahren der Vorbereitung wurde im Januar 1992 die Entwicklung des neuen Porsche 989 (Erstserie) abgeschlossen. Preis 140.000 DM) gestoppt, weil schon lange klar war, daß sich zu wenig Käufer finden würden. Die Aufwendungen von ca. 250 Mio DM sind verschwunden und ein Ersatzprodukt ist vor 1996 nicht zu sehen. Es sieht schlecht aus für die Porsche-Arbeiter.

Auf längere Sicht hat das Auto als Massenverkehrsmittel keine Zukunft. Die allmorgendlichen Staus in den Ballungsräumen nehmen immer katastrophalere Ausmaße an. Doch statt öffentliche Verkehrsmittel verstärkt zu fördern, setzt das Land weiter auf Straßennetzen. Allein in Stuttgart sind für 1,4 Mrd. DM neue Straßen geplant.

Der öffentliche Personentransport muß massiv ausgebaut werden. Ein Umstellung der Automobilindustrie auf eine sinnvolle Produktion ist daher dringend erforderlich. Um das durchzusetzen ist die Enteignung der Autokonzerne und Banken und die Einführung einer demokratisch geplanten und kontrollierten Wirtschaft nötig, die nicht nach Profit, sondern nach den Bedürfnissen der Bevölkerung produziert.

Joachim Eyberg, Stuttgart
Jungsozialist

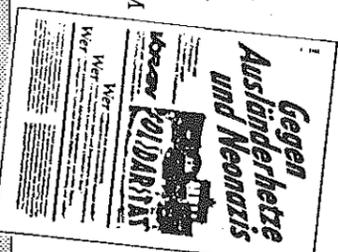
beitslosenquote sank von April 1988 bis Mai 1991 von 10,1% auf 6,8%, liegt jetzt allerdings wieder bei 8% wurden Reformen durchgeführt. Der ökologische Landbau wurde ausgeweitet, die Fördermittel für Kindergärten wurden seit 1988 vervölfacht! Mit der Einrichtung des ersten Frauenministeriums der BRD setzte die SPD neue Maßstäbe. Die Gesamtschule ist endlich als gleichwertige Schulform gesetzlich anerkannt. Von der Förderung der Windenergie über ein liberales Schulgesetz bis hin zum Anspruch auf Bildungsurlaub für alle ArbeitnehmerInnen wurde viel erreicht.

Bei Problemen wie z.B. Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit bleibt die Landesregierung jedoch weitgehend ein Spielball der Unternehmensinteressen. Sie fügt sich der Logik der Marktwirtschaft und beugt sich dem Druck aus Bonn.

So auch in der Asylfrage. AsylbewerberInnen besetzen eine Nordstedter Kirche, um die Abschiebung nach Ostdeutschland zu verhindern. Minister Jansen fiel dazu nichts anderes ein, als daß „der Rechtsstaat nicht erpressbar“ sei! Das gesamte Vorgehen der Landesregierung im Asylstreit nützt nur den Nazi-Parteien DVU und „Republikaner“. Finanz-

Argumente... und ein Programm zum Kampf gegen Rassismus

8 Seiten DIN A4,
Preis: 1,- DM
bei Einzelbestellungen an die Redaktion bitte Briefmarken (+1,- DM Porto) beilegen



„Light“-Lebensmittel Fette Gewinner durch Diät

80 Billionen Kalorien werden von der Ernährungsindustrie Jahr für Jahr unter die Bevölkerung gebracht. Immer neuere Produkte werden in den Labors der Lebensmittel-Konzerne synthetisch hergestellt, um unser Essen billiger herzustellen und so die Gewinne zu steigern. Heute bestimmen Werbelogs mit den Worten „Light“, „Ok“, „Bio“ usw. den Markt ... mit Gesundheit hat das zumeist wenig zu tun.

Wir scheinen im Schlaftraum zu leben, erzucht durch die deutsche Ernährungswirtschaft, die sich für uns immer etwas neues einfallen läßt. Die Planer in den Konzernetagen haben es allerdings mit zwei Problemen zu tun: Mit der verdammten Konkurrenz und mit der lästigen Natur.

Ziel der Werbung ist es, den anderen Konzernen möglichst viele Marktan-

teile wegzuschlappen und neue Bedürfnisse bei den Verbrauchern zu wecken. Der Wirtschaft ist es möglich, uns ein zweites Auto aufzuschwatzen oder den Fernseher für die Küche und das Klo. Aber es scheint unmöglich, einen Menschen sehr viel mehr essen zu lassen, als er mag. Für jede Mahlzeit die er isst, läßt er eine andere unangereicht. So bleiben teure Kalorien im Kaufhaus liegen, die mehr Gewinn bringen könnten.

Der Markt für die Ernährungsindustrie ist also begrenzt. In der Nachkriegszeit mußte sich die Bevölkerung mit 1.200 Kalorien pro Tag begnügen, was sicher nicht als (Light-)Diät begriff wurde. Eiweiß, Fett und Kohlenhydrate standen dann in den Nachkriegsjahrzehnten hoch im Kurs.

Die Eier nach Kalorien ist heute in Ablehnung umgeschlagen. Und genau das ist der Ausweg aus dem Dilemma

für die Lebensmittelindustrie. Die Light-Welle macht die Ernährung für die Unternehmer lohnend.

Eine süße Mahlzeit mit Süßstoff, aber ohne Kalorien, ist für unseren Körper Beitrag. Ihm wird über den süßen Geschmack mitgeteilt: Achtung Kalorien! Der Körper erwartet Energie und wird enttäuscht. Er stellt den Sättigungszustand ab - der Mensch bekommt Appetit und isst. Süßstoff hat zwar weniger Kalorien als Zucker, macht aber mehr Appetit. 2.000 Kalorien essen wir mehr, wenn wir unser Essen mit Süßstoffen statt mit Zucker süßen. Und diese zusätzlichen Kalorien werden teuer bezahlt: 1990 machte der Süßstoffverband 13 % mehr Umsatz, das sind 177 Millionen Mark.

Nun könnte man ja behaupten, der Kunde sei König und hätte damit die Möglichkeit, über sein Kaufverhalten die Lebensmittelherstellung zu lenken.

Fortsetzung von Seite 12

Grenzenlose Heuchelei

... ihre Privilegien zu erhalten oder sogar auszubauen. Andererseits brauchen die Herrschenden in der BRD die Hilfe der alten Blockflöten, um ihr Ziel, die Wiederherstellung des Kapitalismus in ganz Deutschland, zu erreichen.

Als am 18. März 1990 die CDU die Volkammerwahl gewann, hatte die von ihr geführte Regierung auch nur eine Aufgabe: den Ausverkauf der DDR.

Als dieser am 3. Oktober 1990 voll-

endet wurde, brauchten die Herrschenden die „Blockflöten“ nicht mehr. Sie störten nur das Image. Also werden sie nach und nach abgebaut und durch „Reformer“ oder gleich durch Wespiliktler ersetzt.

So ging es auch dem ehemaligen Ministerpräsidenten Thüringens, Josef Dutsch, Dutsch war in der alten DDR Mitglied des Gothener Kreisliges und ließ als Kleinrentner die SED-Hierarchie hochleben. Einem Mißtrauensantrag der SPD vermochte er standzuhalten, dem Machtkampf in der CDU war er nicht gewachsen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan - er kann gehen. Die potentiellen Umrührende Sachen und Thüringen werden von abgehalfterten Westpolitikern kolonisiert.

Die Stasi-Akten

Die Stasi-Akten sind DAS Medienereignis. Doch zwei Tatsachen gehen im Rummel um die Stasi unter. Nicht nur die DDR hatte in der Stasi einen Beispielungs- und Unterdrückungsapparat, auch der bundesdeutsche Staat unterhält selbst mehrere Geheimdienste: Bundesnachrichtendienst (BND), Militärischer Abschirmdienst (MAD) und Verfassungsschutz.

Die unterentwickelten Länder sind dagegen gezwungen, Futtermittel in Monokulturen herzustellen, die dann in den EG-Ländern zur Herstellung von Lebensmittelüberschüssen benutzt werden. Die Folge ist, daß beispielsweise Afrika nicht einmal mehr die eigene Bevölkerung ernähren kann, obwohl genug fruchtbares Land und Arbeitskräfte vorhanden sind. Noch in den 50er Jahren war es Selbstversorger, 1980 mußte es acht Millionen Tonnen Getreide importieren.

In einer demokratisch geplanten sozialistischen Wirtschaft würden die Bedürfnisse der Verbraucher entscheidend sein und nicht die Profitgier der Konzerne. Dann wäre es möglich, wirklich gesunde Lebensmittel herzustellen und dafür zu sorgen, daß kein Mensch auf der Welt mehr hungern muß.

Martin Korte, Bremenhaven
Jungsozialist

Diese machen keine ehrenhaftere „Arbeit“ als die Stasi: Bespitzelung der Bevölkerung, Öffnen von Briefen, Abhören von Telefongesprächen, usw.

Der Walfendal des BND mit Israel, der erst kürzlich aufzog, stellt höchstwahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs dar. Diese Geheimdienste haben auch Zugriff zu den Stasi-Akten. Viele der ehemaligen DDR-Opportunisten verstanden sich als antistalinistische Sozialisten, die auch heute das kapitalistische System nicht widerspruchslos hinnehmen. So ist zu befürchten, daß die Stasi-Akten von den bundesdeutschen Geheimdiensten dazu mißbraucht werden, um diese Leute wieder zu bespitzeln.

Auch die Akten von Tätern sind vor Mißbrauch nicht sicher. Deshalb fordern wir:
- kein Zugriff der Geheimdienste auf die Stasi-Akten
- Auflösung aller Geheimdienste der BRD!

„Wir sind das Volk“

Die Opfer der Stasi-Verfolgung haben einen berechtigten Anspruch auf die Aufdeckung der Verbrechen, die an ihnen begangen wurden. Aber eine wirkliche Bewältigung der politischen Verbrechen des Stalinismus muß von den Interessen der arbeitenden Bevölkerung ausgehen und darf nicht der Gauck-Behörde, einem Instrument der Kohl-Regierung, oder gutbezahlten bundesdeutschen Richtern überlassen werden. Der westdeutsche Staat und westdeutsche „Realpolitiker“ haben schließlich jahrelang mit der SED-Diktatur zusammengearbeitet; sie teilweise sogar gestützt - sie sind Mittäter, keine geeigneten Richter.

Mit der Bildung von Bürgerkomitees zur Auflösung der Stasi Anfang 1990 wurden erste Schritte in die richtige Richtung getan. VORAN trat damals, nach dem Sturz der stalinistischen Bürokratie, für den Aufbau einer wirklichen sozialistischen Demokratie ein und warnte vor den Folgen der Einführung der Marktwirtschaft.

Die Warnungen wurden bestätigt und der Ruf „Wir sind das Volk“ bleibt aktuell. Die Gauck-Behörde gehört aufzulösen, stattdessen sollten aus der arbeitenden Bevölkerung gewählt und abwählbare Komitees die politische Aufsicht über den Vorgang der Aufarbeitung der Vergangenheit in die Hand nehmen. Die Schuldfolgerung muß die Bewältigung der Gegenwart sein: weg mit den alten Wendehälsen und den neuen kapitalistischen Bürokraten in Staat und Wirtschaft; weg mit der Kohl-Regierung und der Unternehmensherrschaft.

Matthias Narbe, Tiferort

„Steuergerechtheit“ im Kapitalismus

Die Haupteinnahmequelle des Staates ist mit rund 180 Mrd. DM pro Jahr die Lohnsteuer. Während die Steuerbelastung auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen allein von 1980 bis 1988 um 33% gesunken ist, stieg die Steuerbelastung auf Löhne und Gehälter im selben Zeitraum um 12%.

Die Lohnsteuer wird direkt vom Arbeitnehmer einbehalten und abgeführt. Beim Lohnsteuerausgleich, der vom Arbeiter nach Ende des Jahres beim Finanzamt beantragt werden kann, gibt es fast immer Geld zurück. Das dauert wegen Personalmangel jetzt immer länger. Dem Staat wird so von den Arbeitnehmern ein willkommene Darlehen gewährt.

Die zweitgrößte Steuerquelle ist die Umsatzsteuer im Volksmund die Mehrwertsteuer, mit ca. 150 Mrd. jährlich. Die ist bei allem was gekauft werden kann, Waren und Dienstleistungen, im Preis schon enthalten. Auch hier kasstiert der Unternehmer und leitet den Überschuß an das Finanzamt weiter.

Die Gewerbe- und die Einkommensteuer liegen mit jeweils 35 Mrd. DM erst an dritter Stelle. Die Vermögenssteuer macht im übrigen nur ganze 6 Mrd. DM jährlich aus.

Bei diesen Steuern kommt es im Gegensatz zur Lohnsteuer fast immer zu Nachzahlungen der Unternehmer, und zwar erst Jahre später. So wird den Un-

ternehmern vom Staat ein zinsloses Darlehen gewährt. Doch nicht nur das. Wegen des Arbeitsdrucks, der schlechten Personal- und Materialausstattung, veralteter Arbeitsmethoden und einem Gesetzeswust, durch den niemand mehr durchblickt, schätzen die Gewerkschaften, daß jährlich 100 Mrd. DM an Steuernahmen verloren gehen.

erst seit den jüngsten Steuerreformen. Der Staat hat kein Interesse, an dieser Art von „Steuergerechtheit“ etwas zu ändern. Hauptsache, die Lohnsteuer kommt pünktlich. Wir fordern dagegen eine radikale Steuerreform: zu Lasten der Reichen und der Unternehmer (siehe „Dafür kämpft VORAN“).

Dirk Rosmann, Hanau
Jungsozialist und OTV-Mitglied



Honecker-Besuch in Bonn 1987: Die hohen Herren in Ost und West verstanden sich früher allerbest

Dafür kämpft VORAN:

★ Arbeit für alle. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost- und Westdeutschland, für Männer und Frauen, Deutsche und Ausländer.

★ Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten) von 1800 DM netto für alle ab 18 Jahre.
★ Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbau, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.

★ Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).

★ Bleiberecht für alle Ausländer und volle rechtliche Gleichstellung mit deutschen Bürgern.

★ Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren.

★ Ersatzlose Streichung des §218; kostenlose Verhütungsmittel; hundertprozentige qualifizierte Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder zum Nulltarif.

★ Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.

★ Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West. Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im Westen; Demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat), die nicht

mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

★ Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.

★ Keine Umordnung der SPD-rechten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.

★ Die SPD muß die arbeitende Bevölkerung für ein solches sozialistisches Programm mobilisieren.

★ Ein sozialistisches Deutschland mußte ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausgebauten und Unterdrückten sein.

Sexuelle Belästigung im Betrieb Mach meine Kollegin nicht an

Als im Herbst 1991 Clarence Thomas Oberster Richter in den Vereinigten Staaten werden sollte, meldete sich eine seiner früheren Mitarbeiterinnen zu Wort. Ihr Vorwurf an Thomas: er habe sie sexuell belästigt. Der Fall löste einen Riesensunami aus, wochenlang wurde debattiert und untersucht. Zum Schluss konnte Thomas das Amt übernehmen, weil die Klägerin „nicht genügend Beweise“ liefern konnte.

Die Affäre war dennoch bis nach Europa geschwappt, plötzlich wurde ein Thema diskutiert, das lange Zeit tabu war: Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz gibt es auch in der Bundesrepublik - und das nicht zu knapp.

So ergab eine Studie des Frauentumensiums, daß 72% der befragten Frauen schon belästigt worden waren. Die Palette der Angriffe reichte von anzüglichen Bemerkungen über „Busen-Grapschen“ bis zu sexueller Erpressung durch Androhen von Nachteilen. 5% der Frauen wurden sexuell genötigt (Sexuelle Nötigung bedeutet laut Strafgesetzbuch, jemanden „durch Gewalt“

VORAN fordert:

- ★ Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnenvertretungen müssen konsequent gegen sexuelle Belästigung und Diskriminierung jeder Art vorgehen.
- ★ Gegen kapitalistische Machtstrukturen; für demokratische Kontrolle von Beschäftigten und Gewerkschaften in den Betrieben.
- ★ Garantierter Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz oder den vollen Lohn für alle. Dabei gleiche Ausbildungs- und Berufschancen für Frauen und Männer.
- ★ Abschaffung der Leihlohngruppen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
- ★ Mindestlohn von 1800 DM netto.
- ★ Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden wöchentlich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung durch gleichmäßige Verteilung der Arbeit auf Männer und Frauen.
- ★ Weg mit dem 218; Kostenlose Vertidung und das Recht auf Abtreibung.
- ★ Genügend kostenlose staatliche ganztägige Kindertagesstätten ohne Altersbegrenzung samt dem erforderlichen Personal
- ★ Wahlweise für Väter und Mütter ein arbeitsfreies „Babyjahr“ bei voller Lohnfortzahlung.
- ★ Billige und gute Restaurants und Wäschereien in allen Wohnvierteln, um Haushaltsarbeit weitgehend überflüssig zu machen.
- ★ Ausreichende Schaffung und Ausstattung von Frauenhäusern, damit alle Frauen (und Kinder), die Opfer von Gewalt und sexuellem Mißbrauch in der Familie sind, Aufnahme finden und gut betreut werden können.

Schon gewußt?

Frauen stellen die Hälfte der Weltbevölkerung, leisten zwei Drittel aller Arbeitsstunden, empfangen ein Zehntel des Weltinkommens und besitzen ein Prozent des Weltvermögens.

zu zwingen, „außerhehliche sexuelle Handlungen des Täters... an sich zu dulden oder an dem Täter ... vorzunehmen“.

Frauen als Objekte

Wie groß die Zahl der „Playboy“-Kandler und Heftchen an bundesdeutschen Arbeitsplätzen ist, ist wohl kaum zu ermitteln. Auch solche Machwerke bedeuten eine permanente Belädigung der Frauen.

Sie werden zu Objekten degradiert, an denen nur noch Einzelteile wichtig sind - Beine, Brüste, Po - um ihre „Qualität“ zu beurteilen. Ihr Körper wird zum auswechselbaren Gegenstand - „Spielzeug für Männer“ schrieb eine Elektro-Firma unter ihre Anzeige, in der sich einige nackte Frauen zwischen Plattenspielen und Kassettendecks rekelten.

Aber nicht nur in der Werbung, auf Schritt und Tritt begegnen wir in den Medien Frauen, die als Reiz- und Lockmittel eingesetzt werden, von den diversen widerlichen Titt-Frucht-Sendungen ganz abgesehen. Die tägliche Annahme ist logische Folge des so erzeugten Frauenbildes.

Ein weiterer Teil des „Geschlechterbilds“ ist die ganz unterschiedliche Darstellung von Sexualität. Während Frauen sich darbieten sollen, sind Männer von irgendwelchen Tieren beherrscht. Wenn eine Frau in der Boulevard-Presse als „wild nach Sex“ beschrieben wird, ist sie ein Monster, ein Mann, dem ähnliches nachgesagt wird, ist besonders männlich.

Frauen sind wehrlos. Sollen wir jedenfalls glauben. Dabei kommt die Unfähigkeit, sich zu wehren, nur zum Teil von der körperlichen Unterlegenheit der Frauen. Eine wesentliche Ursache ist, daß Frauen nicht beigebracht wird, sich zu wehren. Frauen werden in Familie und Gesellschaft so erzogen, daß sie ihre Kräfte ihren Körper nicht kennen und psychisch auch gar nicht darauf eingestellt sind. Angriffe werden oft handgreiflich abzuwehren. Oft schaffen sie es nicht einmal, Wut auf den Angreifer zu haben, sondern entwickeln noch

Schuldgefühle, die von anderen verstärkt werden („Du hättest Dich eben nicht so anziehen dürfen...“).

So ist es kein Wunder, daß viele Frauen gar nicht auf die Idee kommen, sich zu beschweren, wenn sie sich mehr oder weniger unerwartet am Arbeitsplatz sexuellen Belästigungen ausgesetzt sehen.

Neben den „mentalen“ stehen dabei noch ganz reale und greifbare Hinder-

fern, wenn sie sich beschweren: 47% erlitten Nachteile, 6% haben gekündigt oder wurden rausgeschmissen, 3% wurden versetzt, 2% bekamen schlechtere Zeugnisse. Die Täter kamen besser weg, 6% wurden verwahrt, 1% entlassen, gerade 0,4% gekündigt.

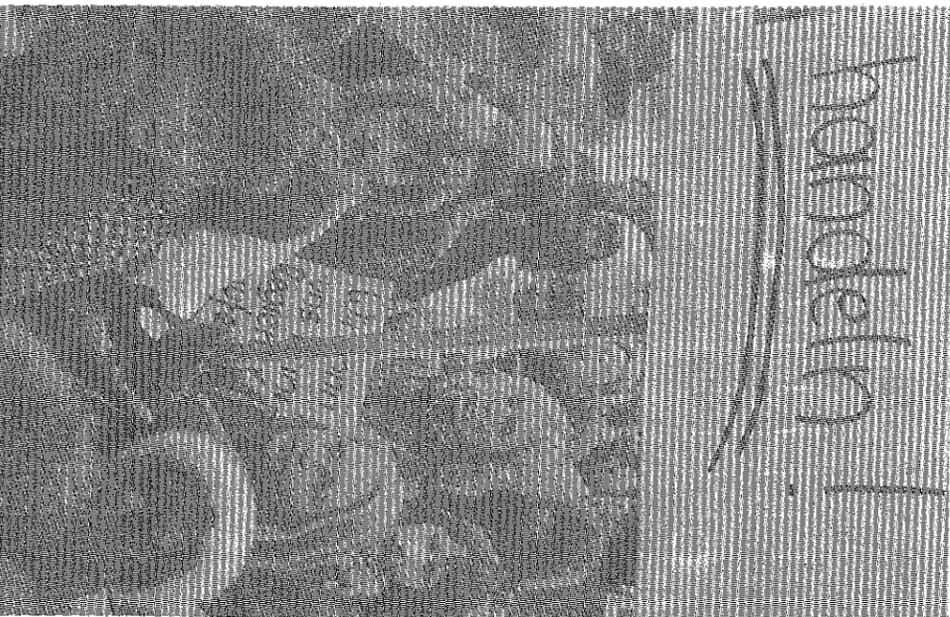
Frauen sind doppelte Opfer

Zu der wirtschaftlichen Ausbeutung durch den Arbeitgeber

kann fast ebenso ungerade die sexuelle durch den Arbeitskollegen treten, der seine Aggressionen, Machtgelüste und Frustrationen an der Frau ausläßt, anstatt die wirklich Verantwortlichen zu suchen. Die tägliche Gewalt in Form von Arbeitsetze und Entfremdung geben die Männer so an die Frauen weiter. Diese Art von Harkordnung nützt natürlich den Unternehmen. Gelegentlich wird „Annache“ auch gezielt eingesetzt, um militärische Konkurrentinnen zu vernichten.

Inzwischen gibt es allerdings auch Ansätze, das Tabu „sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“ anzugreifen. Im Stuttgarter Rathaus gibt es eine Dienstankündigung, die Frauen vor Belästigungen schützen soll. 20 Fälle wurden bisher der Frauenbeauftragten bekannt. Viele Frauen schweigen aber immer noch aus Angst. Auch die Konsequenzen halten sich nach wie vor in Grenzen: eine Rüge in der Personalakte war bisher die einzige Maßnahme.

In Stuttgart finden auch Seminare zum Thema statt - um „Führungskräfte für das Thema zu sensibilisieren“. Die Frauen könnten ja sonst auf die Idee kommen, sich selbst zu wehren... Auch aus Bonn kommt nicht viel Ermutigendes: Frauenministerin Merkel fällt zwar immerhin an einer Ministerbetriebsvereinbarung, aber eine gesetzliche Regelung, die den Schutz vor sexu-



risse: die oben erwähnte Studie gab auch Aufschluß über das soziale Verhältnis zwischen Täter und Opfer. Die Frauen waren meist zwischen 20 und 30, erst kurze Zeit im Betrieb und oft in ungeschützten Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Dagegen waren die Belästiger mindestens 10 Jahre älter, lange im Betrieb und in gesicherten Positionen. 21% waren Vorgesetzte.

Bei solchen Strukturen werden belästigte Frauen leicht zu doppelten Opfern: die oben erwähnte Studie gab auch Aufschluß über das soziale Verhältnis zwischen Täter und Opfer. Die Frauen waren meist zwischen 20 und 30, erst kurze Zeit im Betrieb und oft in ungeschützten Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Dagegen waren die Belästiger mindestens 10 Jahre älter, lange im Betrieb und in gesicherten Positionen. 21% waren Vorgesetzte.

Bei solchen Strukturen werden belästigte Frauen leicht zu doppelten Opfern: die oben erwähnte Studie gab auch Aufschluß über das soziale Verhältnis zwischen Täter und Opfer. Die Frauen waren meist zwischen 20 und 30, erst kurze Zeit im Betrieb und oft in ungeschützten Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Dagegen waren die Belästiger mindestens 10 Jahre älter, lange im Betrieb und in gesicherten Positionen. 21% waren Vorgesetzte.

Bei solchen Strukturen werden belästigte Frauen leicht zu doppelten Opfern: die oben erwähnte Studie gab auch Aufschluß über das soziale Verhältnis zwischen Täter und Opfer. Die Frauen waren meist zwischen 20 und 30, erst kurze Zeit im Betrieb und oft in ungeschützten Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Dagegen waren die Belästiger mindestens 10 Jahre älter, lange im Betrieb und in gesicherten Positionen. 21% waren Vorgesetzte.

Nacharbeit Unternehmer als Vorkämpfer für Frauenrechte?

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden. Das Nacharbeitsverbot für Arbeiterinnen ist aufgehoben worden, da es eine Diskriminierung gegenüber Männern und weiblichen Abgestellten und Beamten bedeute. Nacharbeit sei für Frauen und Männern gleich schädlich und könne daher aufgrund der Gleichberechtigung nicht für eine Gruppe verboten werden.

Frei nach der Devise „wenn's dem einen schlecht geht, soll's dem anderen auch nicht besser gehen“, ist Nacharbeit jetzt erst mal für alle erlaubt. Die Unternehmer freuen sich, denn hiermit ist ein Freibrief unterschrieben und der Ausweisung der Nacharbeit Tür und Tor geöffnet worden.

Die Arbeitgeberverbände und auch der Verband deutscher UnternehmerInnen sind der Meinung, daß dieses Urteil mehr als überfällig gewesen sei. Die Stellungnahme der Damen und Herren Unternehmer im Handelsblatt vom 30.01.92: „Das Verbot habe für die betroffenen Frauen zunehmend diskriminierend gewirkt und ihre Berufs- und Ausbildungschancen verschlechtert.“

Wer war das eigentlich noch, der keine betrieblichen Kinderzentrallitze zur so der Arbeitsbeschäftigung Kräfte

fern, wenn sie sich beschweren: 47% erlitten Nachteile, 6% haben gekündigt oder wurden rausgeschmissen, 3% wurden versetzt, 2% bekamen schlechtere Zeugnisse. Die Täter kamen besser weg, 6% wurden verwahrt, 1% entlassen, gerade 0,4% gekündigt.

Frauen sind doppelte Opfer

ellen Übergriffen endlich durchgesetzt, nicht in Sicht. Auf andere Weise wurde das Problem von einigen Gewerkschaften in einem Metallbetrieb in Weimar (Hessen) angegangen. Sie riefen den Fallner Kollegin auf, die aufgrund von Belästigungen den Arbeitsplatz gekündigt hatte. Der belästigende Kollege war inzwischen Betriebsrat und sollte befördert werden.

Die Frauen veranstalteten eine Betriebsversammlung zu dem Thema schufen Öffentlichkeit. Nach Ablauf der Wahlperiode wurde der Kollege nicht mehr gewählt.

Gewerkschaftliche Gegenwehr

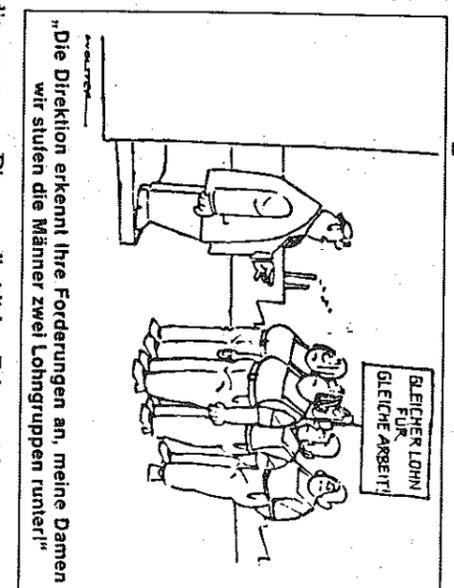
In Frankfurt organisierte die ÖT eine Befragung der Frauen im öffentlichen Dienst und bietet begleitend Seminare an. Hier besteht auch die Forderung, Frauenbeauftragte im öffentlichen Dienst von den beschäftigten Frauen als Ansprechpartnerinnen wählen zu lassen. „Ein Mißtrauensvotum gegen die Personalräte. Auch da sind die Männer nicht anders“, so Eva Bawinkel, stellvertretende Vorsitzende des Gesamtpersonalrats.

Einige Männer versuchen aber auch selbst zur Bekämpfung von Übergriffen beizutragen. In Hannover gründete sich eine ÖTV-Männergruppe um dem Motto „Mach meine Kollegin nicht an“, die versucht, durch Öffentlichkeitsarbeit andere Männer zum Nachdenken zu bringen.

Leider ist das (noch?) die Ausnahme häufiger werden Frauen, die sich gegen Annache wehren, als „zickige Emazzen“ abgetan oder kriegen Sprüche wie diesen zu hören: „So wie Du aussehst, kein Wunder, daß Du keinen abgekriegt hast“.

Es wird Zeit, daß solche Sprüche aufgehört, Zeit, daß Frauen sich zusammen tun und sich wehren, wie die Kolleginnen in Weimar. Zeit, daß mehr Männer sich die Hannoverischen ÖTV-Männer zum Vorbild nehmen. Es wird Zeit, daß wir die kapitalistischen Machtstrukturen aufbrechen und endlich eine Gesellschaft aufbauen, in der Gleichberechtigung nicht nur auf dem Papier steht. Dazu müssen Frauen und Männer gemeinsam gegen Sexismus und Angriffe auf Frauenrechte kämpfen.

Gisela Neunhöfer, Stuttgart
Jungsozialistin



lich Beschränkung von Nacharbeit ist nicht gedacht. Dies will Bonn tun, nicht den Tarifpartnern überlassen. Dazu gehören regelmäßige Untersuchungen der nachts Beschäftigten. Stellt der Arzt gesundheitliche Schäden fest, will Bonn den Arbeitgeber vor schreiben, die Betroffenen „problemlos“ in eine Tages-schicht einzugliedern.“

(Frankfurter Rundschau 25.02.92)

Untersuchungen wurden schon durchgeführt, das Ergebnis ist deutlich. Die Folgerung müßte ein allgemeines Nachtarbeitsverbot und die ausnahmsweise Genehmigung von Nacharbeit für gesellschaftlich notwendige Aufgaben sein. Womit das Notwendige für die Bevölkerung gemeint ist (Krankenhäuser, Feuerwehr, Verkehrsmittel usw.) und nicht das, was die Unternehmer für notwendig zur Profitsteigerung halten.

Kim Opgenorth, Aachen
Innssozialistin

Besucherrekord in Stuttgart

Zehn Jahre Schwarzfahrerfest sind genug!

Die Stadt erstickt, der Wald verreckt, und ihr habt ihn noch nicht entdeckt: Nulltarif statt Großstadtmief! Unter diesem Motto fand am 15. Februar im Alten Feuerwehrhaus zum 10. Mal das „Juso-Fest mit dem fragwürdigen Namen“ (Stuttgarter Nachrichten) statt. Kurz: das Schwarzfahrerfest. Vor 10 Jahren, 1983, nahmen 70 Besucher teil. Dieses Jahr waren es 900 Besucher, davon 750 zahlende. Keine andere politische Jugendorganisation hat eine Veranstaltung dieser Größenordnung solange gehalten.

Die Mobilisierung begann bereits Anfang Januar mit 3 Aktionstagen, als die Fahrpreise um durchschnittlich 4,9% teurer wurden. Zwei bis drei Wochen vor dem Fest kleben wir 1200 Plakate und verteilen 15.000 Flugblätter. An zwei Nachmittagen - im Berufsverkehr - klapperten wir die Straßenbahnen ab. Für diese Gelegenheit nahmen wir Papp-/Schwarzfahrer mit, und erklärten den Fahrgästen, warum sich die Schwarzfahrer keine Fahrkarte leisten können. „Damit vollziehen sie den Nulltarif, den die Jusos schon seit Jahren fordern. Die CDU plant dagegen in den nächsten Jahren den Straßenausbau in der Höhe von 1,2 Mrd. Unser Straßenbahntheater wurde immer wieder gestört - durch spontanen Szenenapplaus.“

Das Fest selbst bot politische Info-Stände, Schwarzfahrerfest-T-shirts, eine vorher durchgeführte Fahrgast-Umfrage, eine Live-Band und vor allem ein 80-Minuten-Programm von Kabarett und politischen Reden. Zuerst wurden die Fahrpreise vom letzten Jahr beauftragt und ihre kurze Lebensdauer beklagt. Dabei erreichten uns zahlreiche Konditionen in Form von Kränzen: Die ÖTV/Verreiter im Ver-

kehr-Aufsichtsrat: „Unsere Solidarität ist die (T)euere.“ Die SPD-Verreiter: „Wir protestieren auf Herz und Nieren.“ Der Vorstand von Daimler-Benz: „Aber das macht doch nichts.“ Die Natur: „Röchel.“ „Eigentlich könnten wir auf 10 Jahre Schwarzfahrerfest stolz sein“, sagte Kerstin Käfer vom Juso-Kreisvorstand. „Aber 10 Jahre Schwarzfahrerfest sind genug. In den letzten 20 Jahren hat sich der Autoverkehr sogar verdoppelt. Das Auto ist nach wie vor Umweltverschmutzer Nr.1. Die Folgen sind bekannt. Die Kinder bekommen heute nicht nur Mümpus oder die Masern, sondern auch Pseudo-Krupp.“

Schulen in Nordrhein-Westfalen Ein Notstand wird legalisiert

Anfang September 1991 wurde eine Studie der Kleinbaum-Unternehmensberatung über das NRW-Schulsystem veröffentlicht. Die 24 Mill. DM teure und 800 Seiten dicke Studie brachte zutage, daß das Schulsystem in NRW nicht kosteneffizient sei. Die Gesamtschulen seien zu teuer, es falle zu viel Unterricht aus (ca. 500.000 Std pro Woche in NRW durch Krankheit, Lernmangel, etc), überall herrsche der Schlandrian. Die Wirtschaftsexperten schlugen ökonomisch sinnvolle Maßnahmen vor: Klassen bzw. Kurse sollten größer werden, Lehrer sollten mehr arbeiten, Unterricht solle gekürzt werden. Dadurch bräutete die Landesregierung nur ca. 1.500 neue Lehrer statt der 25.000 Fehlenden (laut Spiegel 9.5.1991) einzustellen.

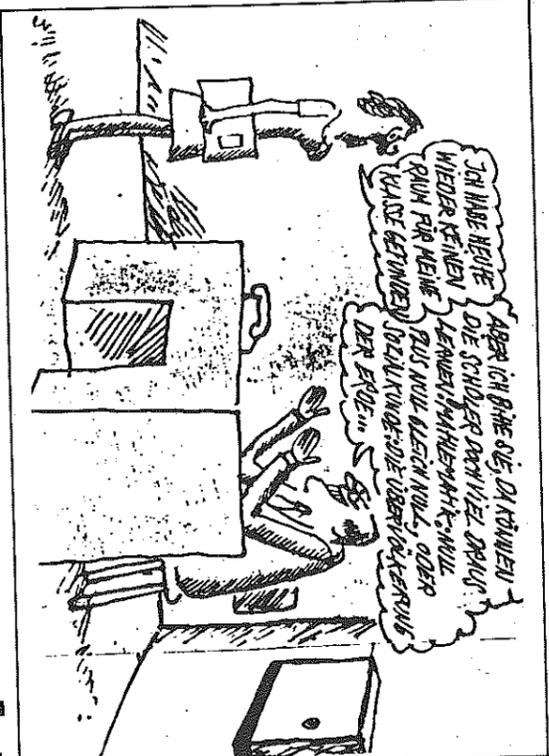
Die Lehrer sollen bis zu 3 Std. pro Woche mehr arbeiten, ihre Fortbildung sollen nur noch in den um 3 Tagen gekürzten Ferien stattfinden. Neue Lehrer sollen auch nicht mehr dazu eingesetzt werden, die Kursstärken zu senken. Den Schülern wird die Unterrichtszeit gekürzt. Eine Stunde pro Woche soll jetzt auch offiziell wegfallen. Drei Stunden pro Woche sollen flexibel gestaltet werden. Der schulpolitische Sprecher der SPD, Dammeyer, erläutert dies so: „Der Musiklehrer hat keine Zeit, aber der Mathelehrer. Also wird Mathe unterrichtet.“

Mit den neuen Gesetzen wird allerdings nur legitimiert was eh schon geschieht. Denn selbst in der Mittelstufe werden nur ca 90% der vorgeschriebenen Stunden unterrichtet. In der Oberstufe sieht es noch schlimmer aus: An meiner Schule werden viele Leistungskurse nur vierstündig anstatt sechsstündig unterrichtet. Die Grundkurse sind fast alle um eine Stunde gekürzt.

Mit diesen Schulgesetzen greift die Landesregierung frontal an. Begründet wird dies mit dem „Diktat der leeren Kassen“. Es stimmt zwar, daß die Länder als Folge der Umverteilungspolitik des Bundes weniger Geld zur Verfügung haben. Doch statt für mehr Geld vom Bund zu kämpfen, werden die vorhandenen Mittel für eine saftige Diätenhöhung, den teuren Neubau des Landtages etc. verschwendet.

Um diese Angriffe auf unsere Bildung und damit auf die Zukunft der Schüler abzuwehren, muß der Kampf Schüler gegen Schulen, Lehrern und Eltern geführt werden.

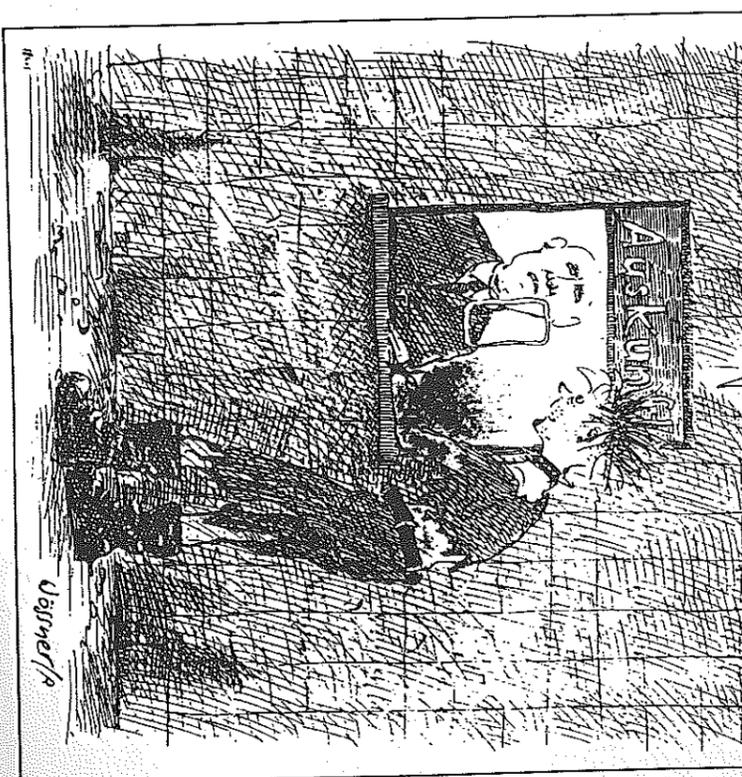
Holger Dröge, Aachen Schüler und Jungsozialist



über sich gehen lassen. Da am 5. April in Baden-Württemberg Landtagswahlen stattfinden, verteilen wir an diesem Abend auch 500 Wahlurufe. Kerstin Käfer fagte im 2. Teil ihrer Rede die Position der Stuttgarter Jusos zusammen: „So wie Daimler die Umweltpolitik bestimmt, be-

stimmen die Bosse, Bonzen und Banker auch sonst die Politik im Land. Deshalb darf es nicht nur heißen: Zur Hölle mit dem Teufel, sondern zum Teufel mit dem Spith-Kapitalismus.“

Art Hacker, Aron Amm, Stuttgart Jungsozialisten



Kasseler Jugendkampagne Bildungsnotstand bekämpfen

Im Frühjahr läuft die Jugendkampagne der Kasseler Jusos. Die Probleme an den Schulen sind ein Schwerpunkt ihres Jugendprogramms.

Wie in ganz Deutschland ist die Situation an den Kasseler Schulen von Unzufriedenheit und Schmutz geprägt. Laut Kultusminister Holzappel fallen an den heissischen Schulen jede Woche 36.500 Stunden aus.

Es gibt kaum noch 5.-10. Klassen mit weniger als 29/30 Schülern. An den Kasseler Sonderschulen müssen Klassen über mehrere Jahrgänge hinweg gebildet werden, an Schulen für Lernbehinderte sind die Klassen oft bis zu 20 Schülern stark. Es kommt immer häufiger vor, daß aufgrund des Personalmangels ein Lehrer in zwei Klassen als Klassenlehrer arbeiten muß.

Brennpunkt des Kasseler Schulwesens sind schon seit Jahren die Berufsschulen. Auch in diesem Jahr fehlen allein hier etwa 40 Lehrerinnen. Zudem sind die Berufsschulen vom Raumangebot am härtesten betroffen und die SchülerInnen werden an völlig veralteten Maschinen ausgebildet. Wir unterstützen deshalb die GEW-Forderung nach einem sofortigen Sonderprogramm für die Berufsschulen. Für die dringend erforderliche Vertiefung der Klassen- und Kursstärke und für die Einrichtung spezieller Förderkurse an den Schulen ist die Einstellung aller ausgebildeten LehrerInnen erforderlich. Ähnliche Programme

Zukunft wird gemacht! Am 14. März findet das Jugendfestival der Kasseler Jusos statt. Es gibt Diskussionen zum Juso-Jugendprogramm sowie Kultur und Live-Musik. Infos bei Oliver Schulz, Tel. 0561/16491.

Fortsetzung von Seite 12 → DT64

Der Direktor des Hauses kam schließlich ins Schwitzen und nestelte andauernd an seinem Schlips - er wirkte schon so recht farblos, nun aber wurde er blaß. Seine Versuche, uns abzuwehren, schlugen angesichts unserer Übermacht fehl. Das Haus war in unserer Hand. Unsere Forderung, alle Beteiligten dieses Politikums hier und jetzt an einen Tisch zu bringen, wurde nicht erfüllt. Wohl aber kam der Rundfunkchef des NDR in Mackerburg-Vorpommern aus Schwern zu später Stunde herbeigeeilt. Seine Aussagen (keine Kompetenz und so) wurden mit Lachen und Pfiffen beantwortet. Gut, wenn er inkompetent ist, dann warten wir eben auf die Polizei.

Nach ergebnislosen Verhandlungen wurde dann gegen halb fünf geräumt. Nun hat sich die tragende Rolle der Statennacht lie bestätigt. Sie mußte uns nämlich rausstragen. Der NDR erstattete Klage wegen Hausfriedensbruch (welche bis heute noch nicht zurückgezogen wurde). Vor dem Gebäude wurde eine Mahnwache bis zur nächsten Demo aufgebaut, die Geldspenden und Unterschriften sammelte. Die Unterstützung der Rostocker Bevölkerung war enorm.

Am 18.1. protestierten dann in Rostock mehr als 5000 Jugendliche für ihren Sender. Die Demo stand unter dem bezeichnenden Motto: „Nur Narren sagen euch die Wahrheit - Bonzen lügen immer“ - dementsprechend war auch das Feeling. Auf der Abschlusskundgebung wiesen mehrere Redner zum einen auf den Zusammenhang zwischen Bauernplattmachen, Lehrerentlassungen, dem langsamen Wertensinken und den Angriffen auf die Jugend hin. Außerdem wurde nachgefragt, was das denn für eine Demokratie sei, wo wieder nur ein paar da oben über die Mehrheit hier unten bestimmen. Und es wurde der „haldertafte Widerstandskampf“ der Herren Krause (jetziger Verkehrsminister in Bonn) und Gornolka (Ministerpräsident von M/V) gegen die SED-Diktatur beleuchtet.

Am gleichen Abend eskalierte allerdings die Situation. Zum Olympiaball, der die Bewerbung Rostocks als Olympiastadt erläutern sollte, begaben sich auch ca. 300 Jugendliche, um vor der Stadthalle für ihren Sender präsent zu sein. Unter den hochgestellten Damentag- und Herren des Landes Mecklenburg/Vorpommern sollten Unterschriften gesammelt werden. Auf einmal waltete dann eine Tür offen und die Demonstranten drängten ins Foyer. Einmal drin, wollte man mit einer Polonaise die anwesende Prominenz erfreuen - doch die Polizei stand Knüppel bereit. Ein paar von uns bildeten daraufhin eine Sitzblockade, der ein 15-minütiges Ultimatum gestellt wurde. Aber schon vor Ablauf der Frist hieß es „Knüppel marsch!“ Die Demonstranten zogen sich mit der 89er Losung „Wir sind das Volk“ zurück. Dieser Rückverbleibe seine Wirkung selbst unter Verbleibe Bundesgrenzschutz-Beamten nicht - auch sie zogen sich zurück.

An diesen Aktionen sieht man eindeutig die Position der Landesregierung zum Thema Jugendradio. Und der lautere Freie Marktwirtschaft! Denn ein jugendsender kostet minimal Geld, er müßte also staatlich subventioniert werden. Stattdessen soll ein privater Sender auf die Frequenz von DT 64 gelegt werden. In dem Interessenskonflikt zwischen Jugend und (Mannhester) kapitalistischen Verhältnissen bleibt das Volk: kräfte = Herrschaft, wie uns nach 1989 immer versprochen wurde, nur noch der Polizeiknüppel (vor 1989?).

Martin Handeck, René Henz Jungsozialisten Rostock



aktiv bei den Jusos!

Fortsetzung von Seite 1

Das Märchen von der Lohn-Preisspirale

Wenn es so wäre, daß die Löhne die Preise hochtreiben, wie wollen die Unternehmer und ihre Fürsprecher folgendes erklären:

1967 lag die Inflationsrate bei 0,7% und es gab einen Abschluß von 3,4% im öffentlichen Dienst und 3,7% in der Metallindustrie. 1989 lag die Inflationsrate mit 2,8% vier mal höher, obwohl die Abschlüsse mit 1,4% im öffentlichen Dienst und 2,5% in der Metallindustrie viel niedriger ausfielen.

Wie wollen sie erklären, daß die Inflationsrate heute in Peru 5600%, in Argentinien 1600%, in Rußland 500% und in der Türkei 80% beträgt? Können zu hohe Lohnsteigerungen die Ursache für die dortige Inflation sein?

In Wirklichkeit gibt es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Lohn erhöhungen und Preissteigerungen. Allgemeine Preissteigerungen, das heißt die Entwertung des Geldes sind eine Folge davon, daß der Geldumlauf und die Kredit schöpfung stärker zunehmen als die Produktion von realen Werten. So führt die massive Staatsverschuldung in Deutschland zu Inflation, weil durch die Hilfen für den Osten die Verbrauchernachfrage gesteigert wurde, ohne die Produktion entsprechend auszuweiten.

Auch wenn hier nicht der Platz ist, um die Entstehung von Inflation ausführlich zu erklären, so ist doch eines sehr einleuchtend:

Wenn die Preise allgemein steigen, so geht das zuerst einmal zu Lasten der Arbeitnehmer, die ja ihr Geld zumeist völlig für Verbrauchsgüter ausgeben müssen.

Unternehmer leiden auch unter allgemeinen Preissteigerungen, wenn die Kosten für Rohstoffe, Maschinen etc. steigen. Aber als Verkäufer von Waren können sie selbst die Preise erhöhen. Und einen großen Teil ihres Geldes geben sie für Löhne und Gehälter aus. Wenn also bei steigenden Preisen die Löhne gleich bleiben, bedeutet dies eine Umverteilung zu Gunsten der Unternehmer.

Die Aufforderung, sich in Zeiten hoher Inflationsraten mit geringen Lohnsteigerungen abzufinden, ist also nichts weiter als eine Aufforderung, die Unternehmer in Ruhe von der Inflation profitieren zu lassen.

Wir wollen keine Inflation, sie betrifft uns härter als die Unternehmer. Aber unsere einzige Waffe zum Kampf gegen die Inflation ist der Kampf für noch höhere Löhne.

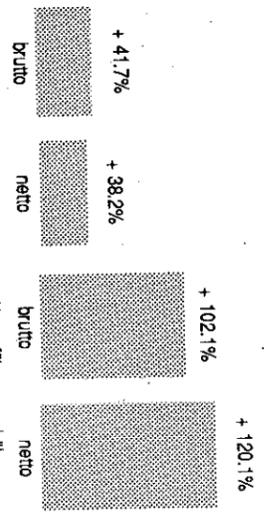
„Die Lohnkosten sind zu hoch!“

Die Lohnkosten seien zu hoch, sie würden die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft schwächen. Das sagen die Unternehmer Jahr für Jahr vor jeder Tarifrunde. Und jetzt wird die Propaganda wegen der zurückgehenden Konjunktur in Deutschland noch verstärkt.

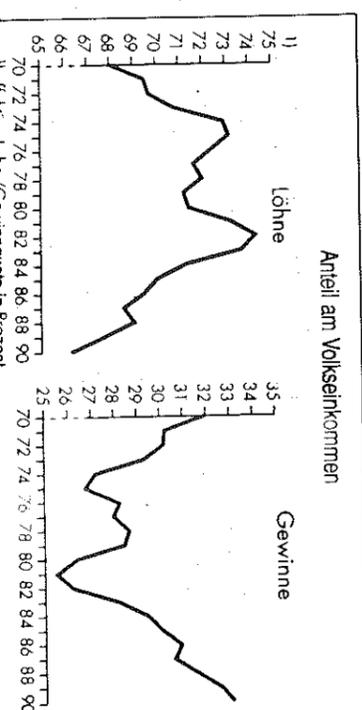
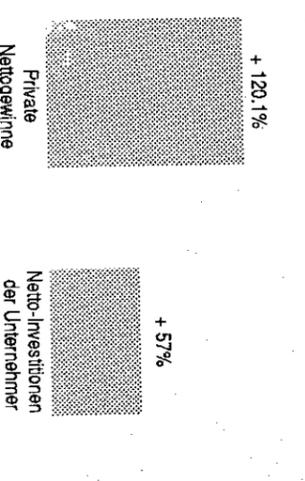
Die Lohnkosten allein sagen aber

Die Unternehmer steigerten massiv ihre Gewinne auf unsere Kosten, hielten sich jedoch mit den Investitionen zurück

Zuwachs der Nettoeinkommen 1980-90 in Prozent



Gewinne und Investitionen, Zuwachs 1980-90



Quelle für alle Statistiken: Statistisches Bundesamt, I.G.

Tarifrunde 1992 Forderungen gegen Vollstreckung durch Volksstreik!

Argumente und Fakten gegen die Unternehmerpropaganda

wenig über die Konkurrenzfähigkeit einer Wirtschaft aus. Ein Stundenlohn von 40 DM bei einer Stundenleistung von 100 DM bringt dem Unternehmer mehr als ein Stundenlohn von 10 DM bei einer Stundenleistung von 20 DM.

Entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit sind die Lohnstückkosten (Lohnkosten gemessen an der Leistung). Diese sind in der BRD mit am niedrigsten.

Lohnstückkosten in der EG (EG-Durchschnitt = 100)

1. Griechenland	122,2
2. Luxemburg	114,1
3. Italien	105,4
4. Irland	103,5
5. Belgien	103,5
6. Britannien	102,9
7. Spanien	100,0
8. Dänemark	99,2
9. Frankreich	96,3
10. Deutschland	94,1
11. Niederlande	93,7
12. Portugal	91,2

Quelle: EUROSTAT, EG-Kommissionstellen

Mit einer jahresdurchschnittlichen Steigerung der Lohnstückkosten von 2,1% liegt die BRD vor Japan mit 1,1% an der vorletzten Stelle unter den Industriestaaten.

Durchschnittliche Steigerung der Lohnstückkosten von 1980-1991

Italien	9,9%
Britannien	6,3%
Frankreich	5,2%
Schweiz	4,9%
USA	4,0%
BRD	2,1%
Japan	1,1%

Quelle: Sachverständigenrat und deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

Die niedrigen Lohnstückkosten in der BRD heißen nichts anderes, als daß



wir, gemessen an unserer Leistung, mit dem schlechtesten bezahlt werden! Das ist der Grund nicht nur für die riesigen Handelsüberschüsse, sondern auch für die extrahohen Gewinne der deutschen Unternehmen. Es gibt also keinen Grund, als Bettler aufzutreten, keinen Grund zur Zurückhaltung oder Mißleid mit den so „armen“ Unternehmern.

Aber auch wenn jetzt die Gewinne schrumpfen und die internationale Konkurrenz stärker wird, ist das kein Grund zum Lohnverzicht – ganz im Gegenteil. Die Arbeitnehmer verschütten einander dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, indem sie sich vor den Karren der Konkurrenzfähigkeit „ihrer“ Wirtschaft spannen lassen. Das Ergebnis wäre, daß sich die Arbeitnehmer mit ihren Lohnforderungen international gegenseitig unterbieten – zur Freude der Unternehmer.

Die Forderungen der Gewerkschaften müssen deshalb aufhören, mit den Unternehmen Kompromisse zu Gunsten der „Attraktivität“ des Produktionsstandorts „Deutschland“ einzugehen. Jüngstes Beispiel hierfür ist die vom IG Metall-Vorstand vorgegebene Beschränkung des Forderungsvolumens für die diesjährige Tarifrunde auf 9,5%

Fordert ihr höhere Löhne, verlagern wir die Produktion ins Ausland.

Klar, daß für jede nationale Unternehmerklasse die eigenen Arbeiter die faulsten, die dümmsten und die geldgierigsten sind. Brav, bescheiden und klug sind immer die Arbeiter im Ausland! Das ist Propaganda, um die Arbeitnehmer zu verunsichern und ihre Kampfriorale anzuknacksen.

Das Kapital ist immer frei gewesen, dorthin zu gehen, wo die höheren Gewinne winkten. Meist zur Umgehung von Handelsnennurteilen versuchten die Unternehmer der Industriestaaten, in den jeweiligen anderen Staaten zu produzieren. 1990 standen z.B. 207 Mrd. DM deutschen Investitionen im Ausland 172 Mrd. DM ausländische Investitionen in den alten Bundesländern gegenüber.

Japan, das hier immer als Unternehmerparadies hingestellt wird, hat die meisten Auslandsinvestitionen der Welt! Die japanischen Unternehmer fliehen sicherlich nicht vor dem Paradies, sondern wollen Märkte erobern.

Deutschland hat mit die modernste Infrastruktur der Welt, den größten Markt Europas, mit die niedrigsten Lohnstückkosten in der EG und mit die beste Ausbildung für Facharbeiter. Die Bosse wollen diese Vorteile nutzen, aber lieber unter südafrikanischen oder südamerikanischen Bedingungen – mit Hindukkat.

Die Unternehmer wollen hier Druck auf die Arbeiter machen und gleichzeitig jede Möglichkeit nutzen, sich international auszu dehnen und wenn möglich Produktionsbereiche in Billiglohnländern zu verlagern. In Europa gab es in Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt einen Welle von Unternehmensfusionen, die mit Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau verbunden waren.

Durch Lohnzusatzgebühren wird kein Arbeitsplatz erhalten, sondern nur dafür gesorgt, daß die Unternehmer einen Extraprofit einstecken können. Wenn es ins Ausland zieht, der soll bitter schon gehen – die meisten verbrüggen ihre Zeit ohnehin auf der eigenen Jagd und den wärmeren Süddeutschen. Sie können dort bleiben, aber das Kapital und die Produktionsstätten, die wir aufgebaut haben, sollen hierbleiben. Darum unser Vorschlag: Wer mit Arbeitsplatzentzug droht, um uns einzuschüchtern, wird entschädigungslos enteignet. Die Produktion läuft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung von Beschäftigten und Gewerkschaften weiter.

Es ist kein Geld für die ÖTV.

Forderungen da

Wer leert denn die öffentlichen Kassen aus? Wir wissen, daß wir sie ständig über höhere Steuern und Gebühren für immer weniger Gegenleistungen nachfüllen. Und Kohl wirft den Unternehmen das Geld mit vollen Händen nach.

Die Maßnahmen der Bundesregierung werden den Unternehmen allein für das Jahr 1992 ein Steuergeschenk von ca. 31 Mrd DM einbringen, Geld genug, um die ÖTV-Lohnforderung zu decken. Nach Arbeitgeberangaben kostet sie Bund, Länder und Kommunen insgesamt 37 Milliarden DM.

Wer kann es sich hier leisten zu verzichten, wir oder die Unternehmer? Laut Bundesbank standen den Unternehmen Ende 1991 1.500 Mrd DM flüssige Mittel zur Verfügung. Kohl kürzt Länder und Kommunen laput und die Unternehmer reißen sich die Hände. Die Kosten für die Arbeitslosen und die mittlerweile 4,3 Millionen Sozialhilfeempfänger müssen ja wir und nicht sie zahlen.

Heide Simonis, SPD-Finanzministerin in Schleswig-Holstein, mußte eigentlich wissen, wer die Finanzen der Länder und Kommunen ausblutet. Wenn sie trotzdem in das Geschrei der leeren Kassen, Entlassungsdrohungen und Kürzungen von Dienstleistungen einstimmt, dann macht sie sich zur Kohl- und Unternehmergehilfin. Wir erwarten von den SPD-regierten Ländern und Kommunen, daß sie gemeinsam mit der ÖTV gegen Kohl und Unternehmer kämpfen.

länger geworden sind, nicht weil da drin Daumchen gedreht wird, sondern weil nahezu alle Dienststellen unterbesetzt sind.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst können kaum noch den Anforderungen nachkommen. Sündiger Arbeitsplatzabbau und Arbeitszeiterkürzung ohne Personalausgleich haben den Streik im Öffentlichen Dienst auf die Spitze getrieben. In dieser Tarifrunde geht es nicht um die paar hohen Beamen und Minister die Zeit genug haben, Sprüche zu klopfen, so wie Möllemann. Es geht um 4,9 Millionen kleine Beamté, Angestellte und Arbeiter. Um Krankopfgegerlerten, ErzieherInnen, PostzustellerInnen, ZugführerInnen, bei der Bundesbahn oder Müllmänner.

Verzichten aus Solidarität mit Ostdeutschland?

Solidarität ist ein ureigenes Prinzip und Interesse der Arbeiterbewegung, nicht nur im eigenen Land, sondern über die Grenzen hinweg. Solidarität mit Arbeitnehmern, aber niemals mit den Kapitalisten hier oder sonstwo!

Die Bundesregierung hat den Arbeitnehmern im Westen den sogenannten „Solidaritätszuschlag“ von 7,5 % für den „Aufbau“ in Ostdeutschland aufgedrückt. Wenn ist dieser Zuschlag zu Gute gekommen? Den Unternehmen im Osten und Westen! Weil wird der Zuschlag bezahlt haben, brauchten die Unternehmer im Osten seit dem

Karl Marx über die Gewerkschaften

„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verhehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von Ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verhehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“

1.7.1991 keihen Pennig Gewerbe- und Kapitalsteuer zu zahlen. Mit unserem Geld wurden Betriebe im Osten zerschlagen, 1,4 Millionen in die offizielle Arbeitslosigkeit geschickt und weitere 1,9 Millionen auf Kurzarbeit Null gesetzt oder in aussichtslose Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gesteckt. Die Unternehmer dürfen entlassen und wir müssen daraufhin höhere Arbeitslosenbeiträge zahlen.

Die Bruttolöhne im Osten betragen im Schnitt 60% des Westlohns, real sogar weniger als 50%. Bei niedrigeren Löhnen haben die Arbeitnehmer im Osten mit einer höheren Inflation zu kämpfen: 14,2% im Jahresdurchschnitt 1991 (gegenüber 3,5% im Westen). An unserem Verzicht haben sich nur die Unternehmer eine goldene Nase verdient. Die Wirtschaftsinstitute erwarten in ihren Prognosen für 1992 einen An-

Geld ist da, es ist

nur in den falschen Händen!

Die Bundesbank veröffentlichte zum Jahresende Daten und Fakten: 1500 Milliarden Mark standen Ende 1991 den Unternehmen an liquiden Mitteln zur Verfügung. Es ist flüssiges Geld, das sie investieren können oder auch nicht. Allein die Zinsen aus 680 Milliarden rentierlichen Geldanlagen brachten 31 Milliarden zusätzlich ein.

(Zitat aus: IG Metall-Nachrichten, Bezirk Dortmund, Wuppertal, 7.2.92). Damit könnten 20 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden (Ein Arbeitsplatz erfordert in Deutschland Investitionen von ca. 75.000 DM). Geld ist also genug da. Es ist nur in den falschen Händen. Die Tarifkämpfe der Gewerkschaften sind ein Teil des Verteilungskampfes zwischen der Lohnabhängigen und der Kapitalistenklasse. Beim Öffentlichen Dienst ist das nicht direkt sichtbar, aber auch hier geht es letztlich darum, ob die Unternehmer zahlen oder die Arbeitnehmer.

Wenn auf die „Sechswänge“ leerer Kassen bzw. verstärkter internationaler Konkurrenz hingewiesen wird, darf das für die Gewerkschaften kein Grund zum Zurückweichen sein. Wenn sich die Marktwirtschaft keinen vernünftigen Lebensstandard für uns leisten kann, können wir uns eben die Marktwirtschaft nicht mehr leisten! Die jetzige Politik von SPD- und Gewerkschaftsführung orientiert sich fatalerweise grundsätzlich an dem, was „machbar“ und „vernünftig“ erscheint – für die Unternehmer.

Schon heute ist ein konsequenter Kampf nötig, um die relativ bescheidenen Forderungen der Gewerkschaften durchzusetzen und reale Nullstunden zu verhindern. In den nächsten Jahren wird sich die wirtschaftliche Lage verschlechtern und die Angriffe auf die Arbeitnehmer werden sich verschärfen. Darum muß der Kampf um die Verteidigung unserer Rechte und unseres Lebensstandards mit einem Programm für die Abschaffung des Kapitalismus verbunden werden.

Für ein solches Programm und die Umwandlung in wirkliche Kampforganisationen kämpft VORAN in SPD und Gewerkschaften.

Géttan Kaytare, Aachen

Unsere Forderungen

★kein Abbruch an den Lohnforderungen! So ist die ÖTV-Forderung nach 9,5% mehr Lohn + 550 DM Urlaubsgeld bereits ein Kompromiß; viele Kollegen wollen mehr. Wichtig für zukünftige Tarifrunden ist die Forderung nach einem Sockelbetrag, um die unteren Lohn- und Gehaltsstufen stärker zu berücksichtigen. So forderte der ÖTV-Berik Hamburg für die jetzige Tarifrunde 500 DM Festgeld und durchschnittlich 15% mehr Lohn für alle.

★Vollstreiks statt Stellvertreterkämpfen zu Durchsetzung der Forderungen.

★Volle Unterstützung der SPD-regierten Länder und Kommunen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

★SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre sollen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

★Gleicher Lohn für gleiche Arbeit im Ost und West, für Männer und Frauen; 1800 DM netto Mindesteinkommen für alle ab 18 Jahre.

★Arbeit und Ausbildung für alle. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeiterkürzung.

★Übernahme aller Auszubildenden in ihre erlernten Berufe.

★Kein Stellenabbau im Öffentlichen Dienst; Einstellung aller Lehrer, Erzieher und ausgebildeten Pflegekräfte.

★Streikrecht für Beamté; ein einheitliches Dienstrecht im Öffentlichen Dienst mit Arbeitsplatzgarantie für alle.

★Die Reichen sollen zahlen: Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Abschaffung der Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter einkommensbezogener Besteuerung bei stärkerer Belastung der Gewinne und Großverdiener.

★Entschädigungslose Enteignung aller Unternehmen, die damit drohen, die Produktion ins Ausland zu verlagern.

★Ausbau der Mitbestimmungsrechte zur Arbeiterkontrolle in allen Betrieben und Einrichtungen.

★Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West (Post, Bahn, Treuhandbetriebe); stattdessen Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken, und Versicherungen.

★Abschaffung der Kontrolle der Konzerne und der Bürokrate in staatlichen Unternehmen. Ersetzung der heutigen Aufsichtsstärke und Vorstände durch einen demokratisch gewählten Rat aus je einem Drittel Belegschafts-, und Gewerkschafts- und Staatsvertretern, die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit.

★Statt kapitalistischer Verschwörung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.

Im öffentlichen Dienst wird er nur gefaulenz!

Dieses Vorurteil stammt aus des Kaisers Zeiten und wird von Arbeitgebern immer gerne hervorgekehrt, um die Beschäftigten der privaten Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes gegeneinander aufzubringen.

Einige Minister und hohe Beamte können gestört eingespart werden. Wer aber zum Arbeitsamt Sozialamt, Wohnungsamt oder sonstigen städtischen Ämtern gehen muß, der weiß, daß dort nicht gerade die hohen Beamten sitzen. Er weiß auch, daß die Wartezeiten vor den Dienstzimmern immer

Banken-Tarifrunde

Kampfbereitschaft voll nutzen!

Ende Februar begannen die ersten regulären Streiks von Bankangestellten im Rahmen der diesjährigen Tarifrunde. Bei der Bausparkasse Mainz beteiligten sich mehr als 80% der Angestellten und es nahmen sogar 150 Nicht-Gewerkschaftsmitglieder teil, die keinen Anspruch auf Streikgeld haben. Gleichzeitig liefen die im Januar begonnenen Warnstreiks mit hoher Beteiligung weiter.

Bei der Apotheker- und Ärztebank in Aachen gab es vor dem Warnstreik eine Umfrage der Geschäftsleitung, die herausbekommen wollte, auf welche „Mitarbeiter“ sie sich im Falle eines Streiks verlassen kann – das Ergebnis war, daß alle sich am Streik beteiligen!

Die deutschen Banken haben sich in den letzten Jahren goldene Nasen verdient. Bei der deutschen Bank sind die Erträge in den ersten zehn Monaten 1991 um 11,1% bei Dresdner Bank und Commerzbank sogar um 20,2 und 22,9% gestiegen. Noch am 29. Januar erhöhte die Deutsche Bank die Dividenden um 7,1% auf die absolute Rekordhöhe von 15 DM pro Aktie. Dazu kommt, daß die Arbeitshetze im Bankbereich in den letzten Jahren massiv gesteigert wurde, um die Profite zu erhö-

hen – auch dafür muß ein Ausgleich geschaffen werden.

Die 10,5%-Forderung der Gewerkschaften HBV (Handel, Banken und Versicherungen) und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) ist im Vergleich zu den Rekordgewinnen der Banken noch bescheiden. Sie kam übrigens durch eine Umfrage bei den Gewerkschaftsmitgliedern zustande und ist der Durchschnitt der von den Kollegen genannten Forderungen.

Kein Wunder, daß die Bankbeschäftigten das 5%-Angebot der Arbeitgeber als Provokation empfinden. Bei der letzten Verhandlungsrunde wurde nur das alte Angebot wiederholt und zu den Forderungen nach Arbeitszeiterkürzung auf 39 Stunden und 200 DM mehr für die Azubis wurde noch kein Angebot vorgelegt. Jetzt steht die Urabstimmung an. Umfragen haben bereits Mehrheit der Bankangestellten zum Streik bereit wäre, wenn die Unternehmer weniger als 7% bieten.

Die Unternehmer setzen darauf, daß die Gewerkschaften wegen des niedrigen Organisationsgrades (15% mit der DAG 20%) nur Schwerpunkstreiks durchführen. Der erste und bisher letzte Streik im Bankenbereich war 1987.



Erster ganztägiger Streik im Bankgewerbe (Bausparkasse Mainz am 21.2.92)

Damals wurde mit Warnstreiks gegen die geplante Einführung der Samstagarbeit protestiert. Die Computerezentralen einiger Banken wurden stillgelegt. Die Banken haben seitdem ihre Achillesferse, das Computernetz, stärker dezentralisiert.

Deshalb, und um alle Beschäftigten in den Kampf einzubeziehen, muß die Gewerkschaftsführung breit mobilisieren. Sie muß die Tatsache ausnutzen, daß die Provokationen der Arbeitgeber die beste Werbung für die Gewerkschaft seit Jahren sind. In meinem Lehrjahr bei der Aachener Bausparkasse gibt es fünf Auszubildende, bisher war nur ich gewerkschaftlich organisiert. Bei den jetzigen Warnstreiks – die ersten im Aachener Bankgewerbe überhaupt – haben vier von uns gestreikt und drei sind in die HBV eingetreten.

Es wäre ein großer Fehler, auf Stellvertreterkämpfe einer kleineren Minderheit der 430.000 Bankangestellten zu setzen. Das Hindernis des niedrigen Organisationsgrades kann schließlich nur durch ein entschlossenes Vorgehen der Gewerkschaftsführung überwunden werden.

Oliver Brunnhuber, Aachen
Jungsozialist und HBV-Mitglied



Tod in einem israelischen Gefängnis

Über 1000 Palästinenser nahmen an dem Begräbnis von Mustafa Akawi teil. Er starb am 4. Februar im „Spezial“-Flügel des Gefängnisses von Hebron.

Bei der Anhörung während seiner Untersuchungshaft am Tag vor seinem Tod beschwerte er sich, weil er gefoltert wurde und zeigte dem Richter Blutergüsse - eine Folge der Vernehmungen. Aber der Richter verurteilte seine Untersuchungshaft um acht weitere Tage.

Die israelischen Behörden behaupten, daß Mustafa an einem Herzinfarkt starb und daß man sie nicht für seinen Tod verantwortlich machen könne. Aber sie erklären nicht, warum ein gesunder Mann in Anfang 30 plötzlich einen Herzinfarkt bekommt.

Dieser Todesfall hat die Aufmerksamkeit auf die Folter von Gefangenen während der Vernehmung gelenkt und die Behörden in die Defensive gedrängt. Sie haben das Begräbnis nicht gestört, sogar nicht als die palästinensische Flagge erhoben wurde. Von den Behörden getötete Palästinenser werden normalerweise von der Armee spärlich begraben und es dürfen nur nahe Verwandte anwesend sein. Üblicherweise behandeln sie das Zeigen der palästinensischen Flagge als „terroristischen Akt“ und antworten mit Tränengas und Massensperkussionen.

Israels Geheimpolizei, der „Allgemeine Sicherheitsdienst“, hat eine Reihe von Einheiten, die in Israels Gefängnissen arbeiten. Sie benutzen Kolter, um Gefangene zu Informanten zu machen oder Informationen und Geständnisse zu erzwingen. Diese Geständnisse werden von den israelischen Richtern immer akzeptiert.

Von einem Korrespondenten in Israel

Freiheit für Mahmoud

Mahmoud Masarwa wurde im Spezialflügel des Gefängnisses von Asklelon verhaftet. Während seines Prozesses kam der Gefängnisdirektor in die Schlagzeilen, da er zugegebenweise nicht wußte, was in dem Spezialflügel vor sich ging.

Wie die meisten Palästinenser, die verhaftet werden, durfte Mahmoud seinen Anwalt während der ersten zwei Wochen seiner Haft nicht sehen. Ihn wurde erzählt, daß seine Frau verhaftet wäre und seine Kinder auf der Straße leben würden. Später haben „Gefangene“, die wie der Staat später zugeb, Kollaborateure waren, ihn mit Kasterlingen bedroht und seinen Kopf unter Wasser gehalten.

Schließlich schrieb er ein Geständnis ... auf Hebräisch, obwohl seine Muttersprache Arabisch ist. Dieses Geständnis, dessen Inhalt bis heute eine Staatsgeheimnis ist, war die Grundlage für Mahmouds Verurteilung.

Die Richter haben alle Unschuldsbeurteilungen Mahmouds, gegenteilige Tatsachen und Widersprüche in der Anklage des Staatsanwalts übergangen und ihn zu 10 Jahren Gefängnis als „Terrorist“ verurteilt.

Berichte von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International zeigen, daß diese Behandlung typisch für den israelischen Staat ist. Mahmouds Verfahren war ungewöhnlich, weil fast alle Verhandlungen wegen des Drucks der internationalen Arbeiterbewegung öffentlich waren. Aus eindeutigen Gründen zieht es der israelische Staat vor, solche Fälle hinter verschlossenen Türen zu verhandeln.

Schickt Briefe an: Mahmoud Masarwa, Prison No. 0018 342 3, Ashmorat Prison, PO Box 86, Netanya, Israel 47100

Japan Der „Motor der Weltwirtschaft“ stotert

Die Weltwirtschaft ist in einem so schlechten Zustand wie seit Anfang der Achtziger Jahre nicht mehr. In den USA und Großbritannien zieht sich die Rezession hin, in der BRD hat sich diesen Winter das Wirtschaftswachstum draatlich verlangsamt. Gibt es nicht wenigstens in Fernost einen Hoffungsschimmer?

Japan ist zweifellos besser dran als die meisten anderen Industrieländer. Von der niedrigen Inflation und Arbeitslosigkeit können andere nur träumen. Trotzdem sind auch in Japan die Unternehmer in Unruhe geraten. Die Wirtschaft, die 1987-1990 jährlich um knapp 5% oder mehr gewachsen ist, stagnierte im Herbst 1991 fast. Die Industrieproduktion ging sogar zurück. Im Dezember war sie um 1,4% niedriger als im Dezember 1990.

Die Basis für das schnelle Wirtschaftswachstum der letzten Jahre war ein Spekulationsboom bei Immobilien und Aktien. Durch die Ausgabe von Aktien konnten Unternehmen fast beliebig an Geld kommen, ohne daß die Aktienkurse gedrückt hätte. Da sie dafür keine Zinsen zahlen mußten, waren sie gegenüber ihren europäischen und amerikanischen Konkurrenten im Vorteil. So wuchs als Abfallprodukt der Spekulation auch die reale Wirtschaft.

Da vor allem die astronomischen Boden- und damit Mietpreise zu wachsenden sozialen Spannungen führten, mußte die Regierung schließlich auf die Bremsen treten. Die Leitzinsen wurden von 2,5 auf 6% erhöht, die Aktienkurse kamen 1990 ins Rutschen, seit Ende 1990 gingen auch die Grundstückspreise wieder zurück - in Tokio um 30%, in Osaka, der zweitgrößten Industrieregion, sogar um 50%.

Wirtschaftsabschwüchung

Die gestiegenen Zinsen machten aber nicht nur der Spekulation ein Ende, sondern auch den Investitionen in der Industrie. Nachdem sie 1988-1990 jedes Jahr durchschnittlich um 15% zugenommen hatten und dadurch ein Hauptmotor für den Boom waren, stiegen sie 1991 nur noch um 4%. Für 1992 erwartet die OECD, der Zusammenschluß von 24 westlichen Industrieländern, eine Zunahme von nur noch 1,6%. Andere Experten rechnen sogar mit einer Stagnation. Die Verlangsamung der Wirtschaft führte zu einer Konkurswelle. Die Schulden zahl-



Bush zu Besuch bei Staatschef Miyazawa. Kurze Zeit später liegt er unterm Tisch Jungsunfähiger Unternehmen betrug 1991 8,15 Billionen Yen (104 Mrd. DM), dreimal so viel wie 1990.

Gleichzeitig bringt das Ende der Spekulation auch große Risiken für das japanische Bankensystem. Offiziell waren fast 40% der von den Banken vergebenen Kredite durch Immobilien gedeckt, tatsächlich waren es noch wesentlich mehr. Außerdem bestehen die Rücklagen der Banken selbst zum Großteil aus Aktien oder Immobilien. Letztes Jahr hatten fast alle Banken gewaltige Gewinneinbußen von teilweise über 50%.

Für dieses Jahr rechnet die OECD mit einem Wirtschaftswachstum von nur noch 2,4%. In Japan gilt aber schon ein Wachstum von weniger als drei Prozent als Rezession. Manche Experten erwarten für das erste Halbjahr 1992 sogar einen leichten Rückgang des Bruttoezialprodukts. Das wäre dann eine richtige Rezession.

Perspektiven

1991 sind das dritte Jahr in Folge die Profite der japanischen Unternehmer gesunken, und zwar um 11,2%. Für dieses Jahr wird ein weiteres Absinken erwartet. Der Großkonzern Toyota zum Beispiel hat vor kurzem seine Gewinnerwartungen für dieses Jahr um 40% nach unten korrigiert. Kein Wunder, daß die Kapitalisten jammern und die

Regierung zum Eingreifen auffordern. Aber wie? Der Profitrückgang hat schon zu empfindlichen Steuerzufällen geführt. Für 1992 wird ein Steueraufschlag von 75 Mrd DM erwartet. Deshalb sah sich die Regierung trotz Abschwung zu Steuererhöhungen gezwungen. Der japanische Staat ist jetzt schon hoch verschuldet. Der jährliche Schuldendienst beträgt mittlerweile 200 Mrd DM.

Trotzdem wird es die Regierung wahrscheinlich als das kleinere Übel ansehen, durch auf Pump finanzierte staatliche Investitionen (vor allem im Straßenbau) die Wirtschaft anzukurbeln. Wenn die Wirtschaftslaute zu lange anhält, bestünde die Gefahr, daß die Immobilienpreise und Aktienkurse völlig zusammenbrechen. Obwohl sie die durch diverse Korruptionssaffären ziemlich angeschlagen ist, hat die japanische Regierung dafür wohl noch genug Handlungsspielraum. Das Ergebnis wäre eine Immobilien-Spekulationswelle wie ab 1987.

Der damalige Finanzminister ist jetzt Ministerpräsident und dürfte deshalb zu einer solchen Politik geneigt sein, weil er sein halbes Kabinett und viele andere Spitzenfunktionäre der Regierungspartei selbst einzeln Grundbesitz haben. Innenminister Shiozawa z.B. besitzt Immobilien im Wert von über 70 Millionen DM. Den

Preis für den Aufschwung werden die japanischen Lohnabhängigen in Form von steigender Inflation und sinkenden Realloöhnen zahlen müssen.

Kein Motor für die Weltwirtschaft

Auch wenn vorläufig in Japan noch keine tiefe Krise zu erwarten ist, kann die japanische Wirtschaft der Weltwirtschaft auch keine großen Impulse mehr geben. Besonders für die EG hätte ein Fortsetzung des Aufschwungs in Japan kaum Folgen, weil Japan als Absatzmarkt nach wie vor bedeutungslos ist. Es ist unwahrscheinlich, daß sich die japanischen Importe aus der EG in den nächsten Jahren ernsthaft erhöhen werden. Auf Druck der USA hat sich die japanische Regierung mal wieder bereit erklärt, Importe aus den USA zu erleichtern. Aber die Regierung kann ihr Bevölkerung natürlich nicht zwingen die Waren auch zu kaufen. Außerdem fürchten europäische Unternehmen schon, daß das auf ihre Kosten gehen könnte. Möglicherweise wird Japan auch die Schwierigkeiten im eigenen Land mit einer aggressiveren Exportpolitik reagieren, die die Handelskonflikte mit den USA und der EG verschärft.

Wolfram Klein, Stuttgart
Jungsozialist

Nordirland Arbeiter gemeinsam gegen den Terror

Die schlimmste Welle von Mordanschlägen der IRA und der protestantischen Terrorgruppen seit 15 Jahren rollt über Nordirland. Letztes Jahr wurden 94 Menschen ermordet, die meisten von den ultrarechten protestantischen Terrorgruppen. Schon in den ersten sechs Wochen des neuen Jahres stieg die Zahl um 31.

Die meisten Opfer sind unbeteiligte Arbeiter. Am 17. Januar wurden sieben Bauarbeiter von der IRA kaltblütig umgebracht - weil sie Protestanten waren. Darauf riefen die blindgebürtigen Politiker der „Democratic Unionist Party“ zu einer Hexenjagd gegen die katholische Bevölkerung auf. 12 Stunden nach dem Tod eines katholischen Taxifahrers wurde ein protestantischer Bäcker aus Rache erschossen. Eine tiefe Spaltung der Arbeiterklasse und schärfere Unterdrückungsmaßnahmen der britischen Armee drohen.

Die Marxisten um die Zeitung „Irish Militant“, die in der „Labour and Trade Union Group“ (LITUC) organisiert sind, ergreifen die Initiative und gewinnen die Unterstützung der Gewerkschaften im Bezirk Mitte-Ulster für einen halbtagigen Generalstreik, der dann vom ir-

ICTU unterstützt wurde. Der Streik ein großer Erfolg. In den Kleinstädten Magherafelt und Cookstown marschierten 800 bzw. 1.500 Arbeiter und Angestellte beider Konfessionen Schulter an Schulter gegen die Terroristen. Auf Theßen der LITUC haben Vertrauensleute beschlossen, die Kampagne weiter zu organisieren.

Diese Bewegung hat die Perspektive der Marxisten bestätigt, daß weder die (religiös-sektaristischen) bürgerlichen Parteien noch der Staatsapparat die Sicherheit der Bevölkerung garantieren können, sondern nur die Organisationen der Arbeiterklasse selbst. Die Stimmung in den Betrieben und Wohnvierteln ist für Einheit gegen den Terror. Am 4. Februar marschierten 20.000 Beschäftigte der Werften, Betriebe, Krankenhäuser und Büros von Belfast unter der Führung der Gewerkschaften - eine größere Demo als jemals in den 70ern.



die LITUC einen Nordirland-weiten 24-Stunden Generalstreik, die Aufstellung von Kandidaten der Gewerkschaften bei der kommenden britischen Parlamentswahl und die Gründung einer Labour Party (Arbeiterpartei), um die sozialen Ursachen der „Troubles“ zu bekämpfen.

Brent Kennedy, Köln
SPD-Mitglied

Großbritannien/Schottland - Tommy Sheridan, Vorsitzender der „Anti-Poll Tax-Vereinigung“ wurde wegen der Organisation einer Demonstration gegen eine Zwangsplanung in Glasgow am 28. Januar zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. 18 Millionen Briten haben die ungerechte Konstruier nicht bezahlt

Algerien

Zwischen Militär und Muslims

Seit dem 9.2.92 herrscht in Algerien der Ausnahmezustand und es wurden Internierungslager zu seiner Durchsetzung eingerichtet. Damit ist die Militärdiktatur durch den Staatsrat abgesichert worden, doch Ruhe und Stabilität sind damit nicht gesichert.

Es kam bereits zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der islamisch-fundamentalistischen Heilsfront (FIS) und dem Militär. Aufmerksamkeit erregte Algerien in der Presse durch den erdrutschartigen Sieg der FIS (islamisch fundamentalistische Heilsfront) bei den ersten freien Parlamentswahlen am 26. Dezember 1991. Sie gewann im ersten Wahlgang 188 von 430 Sitzen. Die FLN (Nationale Befreiungsfront), ehemalige Einheitspartei Algeriens, bekam statt des erwarteten Sieges nur 15 Sitze und die FFS (Front der sozialistischen Kräfte) wurde mit 25 Sitzen zweitgrößte Partei.

Für den zweiten Wahlgang war zu erwarten, daß die FIS, deren Drahtzieher ein paar Scheichs sind, die meisten Stimmen für eine absolute Mehrheit bekommen würde. Damit wäre den Fundamentalisten der Weg zu Verfassungsänderungen geöffnet worden. Doch auf ganz so festen Füßen stand die FIS nicht, denn die Wahlbeteiligung lag nur bei ca. 59% – und das bei den ersten freien Wahlen nach dem Ende der Ein-Parteien-Diktatur! Das bedeutet, daß im ersten Wahlgang nur 25% aller Wahlberechtigten für die FIS gestimmt haben.

Trotz allem machte sich in den verschiedensten Schichten der Gesellschaft Angst vor den Fundamentalisten breit. Ein Aufruf der FFS zu einer Gegendemonstration am 4.1. wurde von 150.000 befolgt.

Die FLN und der Staats- und Militärapparat fürchte um Macht und Privilegien. Chadli Ben Jeddil, der alte Staatspräsident, war dem Druck nicht



Rebellierende Jugendliche in den Straßen von Algier (Oktober 1988): „Das ist unsere Intifada“

gewachsen und trat am 11.1. zurück. Ein Staatsrat aus fünf Militärs übernahm die Macht und setzte am 13.1. die Wahlen aus. Die Verhaftung von FIS-Führern wurde angeordnet und am 9.2. wurde der angekündigte Ausnahmezustand proklamiert.

Wirtschaftschaos

Diese Ereignisse sind keine Zufälle, sondern haben ihre Ursachen in den wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen Algeriens seit der Unabhängigkeit 1962. Die FLN, damals die Guerillaorganisation, die den Sieg gegen Frankreich errungen hatte, wurde zur staatlichen Einheitspartei. Damit war die politische Unabhängigkeit erreicht, doch die wirtschaftliche Abhängigkeit

Was Ihr im Geschichtsunterricht (wahrscheinlich) nicht erfahren habt...

Am 17. Oktober 1961, im Jahr vor dem Sieg Algeriens im Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich, demonstrierten 20-30.000 in Paris lebende Algerier gegen eine gegen sie verhängte Ausgangssperre. Die Polizei war gut vorbereitet und griff die friedlichen Demonstranten an. Das Ergebnis des brutalsten Unterdrückungsaktes in der französischen Geschichte: 200 Tote, mehrere Dutzend Verletzte, fast 12.000 Festnahmen und 10.000 Deportationen. Dutzende Al-

gerier wurden in die Seine geworfen, andere wurden erhängt aufgehängt. Der Polizeichef von 1961, Maurice Papou, war übrigens 1942-43 Polizeichef von Bordeaux unter der Vichy-Regierung, die mit den deutschen Besatzern zusammenarbeitete. Er half damals den Nazis, Juden in die Konzentrationslager zu schaffen.

Für das Massaker von Paris wurde kein Verantwortlicher zur Rechenschaft gezogen, nicht einmal eine Untersuchung wurde eingeleitet.

bleib. Der Staat übernahm 80% der Wirtschaft, aber die privatkapitalistischen Profit- und Konkurrenzmechanismen blieben in Kraft.

Die Erdgas- und Erdölförderung machte damals wie heute den überwiegenden Teil des Bruttoerzeugnisses und des Exportes aus (90% des Haushalts wurden daraus bestritten). Daher konnte der Bevölkerung im Vergleich zu den anderen afrikanischen Ländern ein relativ hoher Lebensstandard zustanden werden. Doch traf der drastische Verfall der Rohstoffpreise in den 80er Jahren Algeriens Wirtschaft und Staatshaushalt deshalb auch besonders schwer.

Die wirtschaftliche und soziale Situation verschlechterte sich, was noch durch das sprunghafte Bevölkerungswachstum (1980 18 Mio. Einwohner, 1991 26 Mio. Einwohner) verschärft wurde. Heute gibt es eine Arbeitslosigkeit von 25% und einen großen Mangel an Wohnraum. In Kasar Chellala, einer kleinen Stadt südwestlich von Algier, wurden beispielsweise seit 1962 nur 261 Wohnungen gebaut, mittlerweile kommen auf jedes Zimmer im Durchschnitt fünf Personen!

Kämpfe seit 1988

Vor dem Hintergrund dieser Situation gab es schon im September 1988 Streiks in der Autoindustrie, denen sich zuerst die Post und später auch andere Bereiche anschlossen. Im Oktober 1988

weg noch eine politische Alternative. Sie redeten vorzüglich im Namen des Sozialismus, beschworen aber die guten alten Zeiten' des Stalinismus, ließen einen Bischof der russisch-slawischen Kirche auftreten. Sie verteidigten nicht sondern demokratisch geplante Wirtschaft, indem wandten sich gegen den Ausverkauf an ausländisches Kapital, vermischt mit russischem Chauvinismus. In Teilen der Demo wurden Stalin-Bilder, zaristische Fahnen und Ikonen getragen.

Doch viele Menschen suchten eine Alternative; wir konnten 400 Exemplare unserer Zeitung *Arbeiterdemokratie* verkaufen; einige drückten ihr Interesse aus, mit uns zusammenzuarbeiten. Die pro-kapitalistischen Medien -

derheit vertreten, sie hat aber wirtschaftlich den Privatisierungen auch nichts entgegensetzen.

Am Beispiel der Frauen wird deutlich, welche Alternativen es für die Bevölkerung gibt. Die meisten Frauen leben auf dem Land oder in den Elendsvierteln. Da sie als Erste von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, arbeiten sie schon heute überwiegend als Hausfrauen und sind auf ihren verdienten Ehemann angewiesen. Die Forderung der FIS, daß sie ihre „wirkliche Rolle als Frau“ wiederbekommen soll (d.h. zurück an den Herd), erscheint für sie nicht als eine große Verschlechterung, denn das ist die Situation, die sie kennen. Gleichzeitig werden ihnen Löhne für Hausfrauen versprochen und das allein macht die FIS schon zur Alternative, so daß sogar ein relativ hoher Anteil Frauen unter den FIS-Anhängern ist.

Doch gleichzeitig sehen auch viele Frauen, was die FIS ihnen beschern will: „Wir werden sie dazu bringen, sich moralisch zu verhalten und den Halsab (Schleier, Anmerkung der Red.) zu tragen.“ Und wenn sie unehelich sind? „Notfalls müssen solche Frauen zur Umerziehung interniert werden.“ (Aus einem Interview der *Frankfurter Rundschau* mit dem Sprecher der FIS). Dem Grad an Emanzipation, den viele Frauen in den 30 Jahren seit der Unabhängigkeit erreicht haben, wollen sie nicht aufgeben. Bei der Demo gegen die FIS am 4.1. waren deshalb vor allem Frauen.

Polarisierung der Gesellschaft

Gerade am Beispiel der Frauen wird deutlich, wie die soziale Situation die Gesellschaft polarisiert. Die wirtschaftlichen Probleme müssen gelöst werden und keine der bestehenden Organisationen hat dazu etwas anzubieten. Auch das Militärregime sah sich gezwungen, sofort Versprechungen zu machen. Ein Wohnungsbauprogramm soll gestartet werden, die Lebensmittel-einfuhr soll gesichert werden und die Armenviertel sollen verschwinden. Doch der Staatsrat steht vor dem selben riesigen Schuldenberg wie die FLN vorher, so daß er selbst an diesen Versprechungen zweifelt.

Die politische Spaltung innerhalb der Gesellschaft hat die Arbeiterführung in zwei Lager geteilt, die beide keine Perspektive haben. Chaos und auch Bürgerkrieg sind für die nächste Zeit wahrscheinlich. Doch es gibt auch einen Hoffnungsschimmer.

Der Gewerkschaftsverband UGTA war der Einheitsverband der FLN und damit Teil des Staatsapparates. Die meisten Arbeiter sind dort organisiert. Im letzten Jahr war die Gewerkschaftsführung dazu gezwungen, den Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze zu führen – das heißt, daß die Arbeiter die Gewerkschaft dazu nutzen, um für ihre Rechte zu kämpfen. Heute ist dies die einzige Organisation, die an der verstaatlichten Wirtschaft festhält. Nötig ist der Aufbau einer marxistischen Kraft in Algerien, die die Verteidigung des Staateseligenums mit der Forderung nach einer demokratisch von den Arbeitern geplanten Wirtschaft verbinden würde und so eine Perspektive für den Kampf der Arbeiter aufzeigen könnte.

Die gemeinsamen Interessen, die heute zur Spaltung der Arbeiterklasse in zwei Lager genutzt werden, sind auch der Ausgangspunkt für gemeinsame Kämpfe, z.B. gegen die Privatisierungen, gegen Entlassungen oder gegen Preissteigerungen. Aus diesem Kampf heraus werden die Arbeiter die Notwendigkeit sehen, daß sie einzig gegen das Militär, die FLN und gegen die Scheichs kämpfen müssen, um ihre Rechte durchzusetzen.

Miriam Alberti, Aachen

Moskau

150.000 marschieren gegen Jelzin

Am 9. Februar gab es in Moskau zwei Demonstrationen: eine für und eine gegen Jelzin. In den westlichen Medien wurde berichtet, sie seien mit je 50.000 Teilnehmern etwa gleich groß gewesen. Unser Korrespondent von der marxistischen Zeitung *Rabochaya Demokracia* (Arbeiterdemokratie) berichtet dagegen aus Moskau:

„An der Demo gegen Jelzin nahmen rund 150.000 Menschen teil; die Abendnachrichten im Fernsehen sprachen sogar von 200.000. Außerorten hatte eine staatsistische Organisation, Trudowaya Moskwa, um gegen Preisserhöhungen und für die Wiederherstellung der Union zu demonstrieren. Doch die große Wit über die Preisserhöhungen

Stalinisten, sondern auch zehntausende, überwiegend ältere Arbeiter auf die Straße. Ein Meer von roten Fahnen und zahlreiche Transparente wurden mitgeführt, in Teilen des Demo-Zugs wurde sogar die 'Internationale' angestimmt. Auch Delegationen aus anderen Städten nahmen teil, hinter Bannern wie 'Arbeiter aus Swerdlowsk – wir sind mit Euch, Arbeiter von Moskau'. Die meisten Transparente hatten Parolen gegen Preisserhöhungen, gegen Jelzin und Gorbatschow, für den Erhalt der Union. Für jeden Millionar gibt es Tausende in Armut', lautete ein Spruch. Auf einem anderen stand, Jelzin habe in 5 Monaten mehr Schaden angerichtet als Hitler in 5 Jahren.

Die Organisatoren der Demo und

weg noch eine politische Alternative. Sie redeten vorzüglich im Namen des Sozialismus, beschworen aber die guten alten Zeiten' des Stalinismus, ließen einen Bischof der russisch-slawischen Kirche auftreten. Sie verteidigten nicht sondern demokratisch geplante Wirtschaft, indem wandten sich gegen den Ausverkauf an ausländisches Kapital, vermischt mit russischem Chauvinismus. In Teilen der Demo wurden Stalin-Bilder, zaristische Fahnen und Ikonen getragen.

Doch viele Menschen suchten eine Alternative; wir konnten 400 Exemplare unserer Zeitung *Arbeiterdemokratie* verkaufen; einige drückten ihr Interesse aus, mit uns zusammenzuarbeiten. Die pro-kapitalistischen Medien -

Österreich Jugend aktiv gegen Nazis

Auch bei uns in Österreich gab es kürzlich die ersten Anschläge auf Asylanterheime und wie in vielen Ländern Europas sind derzeit die Neonazis mit ihren ausländereindlichen Parolen auf dem Vormarsch.

Als Antwort darauf versammelten sich am 6.2.1992 mehr als 250 Jugendliche, um das Antifaschistische Komitee der Schüler und Lehrlinge Wens zu gründen. Die Initiative ging von einigen Bezirksgruppen der Sozialistischen SchülerInnen (der Schülergruppe der SJ Wien) und unabhängigen Schülernvertretern aus. Da es im Vorfeld mehrfach zu Gerüchten gekommen war, daß Hooligans versuchen würden, die Versammlung zu stören, wurde ein Ordnerdienst von ca. 20 Leuten aufgestellt. Doch der Ordnerdienst, in dem auch einige Mitglieder ausländischer Jugendbänden mitmachten, mußte nur ein ein-

ziges Mal in Erscheinung treten, um einen Mann (ca. 70 Jahre alt) von der Bühne zu bitteln, der - nachdem er seine Redezeit bereits um fünffache(!) überschritten hatte - erklärte, es hätte keine Gaskammern gegeben.

Mehr als 100 Anwesende trugen sich bereits nach dem ersten Treffen in die Aktivistenliste ein und holten sich ihre Aktivistenkarte. Täglich kommen neue Aktivisten dazu; bereits eine Woche nach dem Treffen gibt es um die 140 Aktive und viele andere haben nach dem zweiten Treffen ihre Bereitschaft erklärt, mitzumachen. In über 40 Wiener Schulen gibt es jetzt Vertreter des Antifa-Komitees, und die Bereitschaft der Leute, etwas zu tun, ist enorm.

Auf die Materialhallen, die wir erstellen, schrieben wir folgende fünf Forderungen:

- für antifaschistische und demokratische Schulen
- keine Ghettoschulen für Ausländer



und sozial Schwache

- volle Gleichstellung von in- und ausländischen Jugendlichen in Ausbildung, Schule und Beruf

- gegen ausländerfeindliche Politik

- Eintreten für unsere Rechte und eine Gesellschaft ohne Rassismus und Neonazis

Für die Zukunft sind neben Schulgruppen, die Diskussion, Lesungen, antifaschistische Schulstele und Projektwochen planen sollen, vor allem regelmäßige öffentliche Vollversammlungen, Kundgebungen, Infosche und Demos geplant. Die 250 Jugendlichen in Wien-Margareten waren ein großer Erfolg und erst der Anfang. In nächster Zeit ist eine Großdemo gegen Ausländerfeinde und Neonazis geplant. Kein Fußball den Faschisten und ihren Handlangern in Wirtschaft und Staat!

Michael Bonvalot
Vorwärts-Unterstützer und Bezirkssekretär der Sozialistischen

Verkauft VORAN

In regelmäßigen Absänden stehen ich an zentralen Punkten in Berlin mit einem Voran-Infostand. Günstig sind die Abendstunden, wenn die Leute zur Ruhe kommen und die Hektik des Tages sich legt. Die Zeit von 16 bis 18 Uhr ist am besten geeignet. Wenn die Leute unsere Zeitung betrachten, weise ich darauf hin, daß die Zeitung von jungen Arbeitern, Studenten und Gewerkschaftern geschrieben wird. So kommt

Kämpfe. Sie verteidigt vorbehaltlos die Interessen der Arbeitnehmer gegen die Interessen der Unternehmer. Wichtig ist auch immer darauf hinzuweisen, daß man die Zeitung auch abonnieren kann. Es gibt nur wenige Leute, die keinen Solipsen zahlen. Gut machen sich auch umfunkionierte Bildaufsteller mit spritzigen, revolutionären Sprechern. Voran-T-Shirt eignen sich da besonders.

Thno Geidel, Berlin
Jungsozialist

Film tip „Riff-Raff“

Ein altes Londoner Krankenhaus wird in einen Wohnkomplex mit Eigentumswohnungen für Yuppies und Betuche umgebaut. Für den Luxus der Reichen riskieren die Bauarbeiter ihr Leben. Sicherheitsvorkehrungen? Wer nach Schutzbrillen und Gerüstgehänder fragt,

wird gefeuert. Lohnvorschuß? „Eher würde eine Katze ihre Scheiße unter einem Eisberg vergraben!“, sagt der Poet.

Ken Loachs Film zeigt mit viel schwarzem Humor, wie das Leben für die Opfer von 13 Jahren Thatcherismus in Großbritannien heute aussieht. Aber das „riff-raff“ (zu deutsch: „Gesindel“) wehrt sich - und schlägt sich irgendwie durch. Denn: „Depressionen sind etwas für die Mittelklasse“, wie der schottische Wandearbeiter Stevie sagt.



von Ken Loach,
Großbritannien
1991.

Regisseur Loach hat Vertrauen in die Solidarität der Arbeiter und in ihre Fähigkeit, sich zu wehren. „Man versucht, auf erregte Weise zu zeigen, was Ausbeutung heißt. Es ist politisch aber auch sehr wichtig zu demonstrieren, daß Menschen die Fähigkeit zum Widerstand haben, daß sie unverwundlich sind und nicht besiegt werden.“

Es gibt viele Filme, die sozial engagiert sind, jedoch letztendlich auf einen Mittelklassestandpunkt hinauslaufen. Sie zeigen die Menschen zwar als Opfer, als Ausgebettete, aber immer als Geschlagene. Für mich muß eine Veränderung wenn es denn eine geben soll, durch die Arbeiterklasse kommen.“ (Loach in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau)

Zum Schluss geht der Yuppie-Palast in Flammen auf - die Rache für den Arbeitsunfall eines Kollegen. Loach dazu: „Wir wollten einen positiven, geradezu triumphierenden Schluß. Wir brauchen den Zorn, die Wut. Das schlimmste ist doch, wenn Leute sich passiv verhalten. Wenn sie wütend werden, so ist das zumindest eine Plattform, auf der sie politisiert werden können. Am Ende wehren sich die Menschen, das ist ermutigend und optimistisch.“

Ulrich Petersen, Köln
Jungsozialist

Jetzt schnell bestellen

Bestellungen bitte gegen Vorkasse zuzüglich 2,- DM Porto und Verpackung an die Redaktion (Kartn in Briefmarken beigelegt werden).

Lenins Kampf gegen den Stalinismus

Letzte Briefe und Aufzeichnungen Lenins. Die Einleitung von Alan Woods zeigt, wie die Wurzeln der Stalinisierung für Lenin erkennbar wurden und wie er gegen zu kämpfen begann. Format A5, 40 Seiten, 3,- DM.

Stalinismus - Zusammenbruch und Perspektiven

Osteuropa befindet sich im Umbruch. Die Broschüre enthält Thesen aus marxistischer Sicht zu den Ursachen sowie der weiteren Entwicklung. Format A5, 36 Seiten, 3,- DM.

Marxistische Hefte Nr. 2

Themen: Jugoslawien, PDS (PCI) in Italien, KP Australien, Sowjetunion, Trotzki-Rede zu Volkstro Frankreich 1936. Format A4, 28 Seiten, 3,50 DM

Bedruckte T-Shirts

„Gebt Nazis keine Chance“ oder „Rosa Luxemburg“, in M, oder XL, 15,- DM (+ 4,- Versandkosten bei Einzelbestellung)

Kampffond Aktiv werden für VORAN

Wir sind nicht nur auf Spenden einzelner Unterstützer angewiesen, sondern bei guter Planung kann auch viel Geld durch Außenaktivitäten reinkommen. Bei Juso-Aktionen im Februar konnten gute Ergebnisse für den Kampffonds erzielt werden. So verkauften Unterstützer in Aachen bei einem Info-Stand zum Thema Asypolitik die Broschüre „Gegen Ausländerhetze und Neo-Nazis“ und vor allem T-Shirts („Gib Nazis keine Chance“) im Wert von 120 DM.

Kampffonds-Einnahmen immer parallel zum Monatsende zu überwww... Ein letztes Beispiel aus Köln zeigt, daß Geld nicht immer streng nach festen Gesichtspunkten aufbewahrt werden kann/muß. So veranstalet VORAN-Unterstützer dort „Morty Python“ Video-A („I didn't expect the Spanish Inquisition“) und nahmen damit 30 DM den KF ein.

Fiz Garvie, Redaktion

In Kassel wurden am langen Samstag bei einem Stand in der Innenstadt zum Jugend-Festival (siehe Bericht auf Seite 5) durch den Verkauf von Buttons, Broschüren sowie über Solidaritätspreis für die Zeitung ca. 100 DM eingenommen. Auf dem 10. Schwarzfahrer-Fest in Stuttgart wurden 7 T-Shirts mit dem Aufdruck „Schwarzfahrer-Fest“ verkauft - Erlös: 35 DM. Außerdem wurden über 20 Wahlweihen unter das Volk gebracht. Diese Beispiele zeigen, was für den Kampffonds zu erreichen ist, wenn wir mit unseren Ideen und ansprechendem Material auf die Straßen gehen.

Doch der Start ins neue Kampffonds-Jahr verlief bis jetzt sehr schlep-pend. 2.800/49 sind nicht genug, um unser Ziel von 17.500 DM für das erste Quartal zu erreichen. Wir können nur hoffen, daß für Januar und Februar noch viel Geld an uns unterwegs ist! Wir bitten auch alle Unterstützer, ihre



Ziel 17.500

1. Quartal 1992

Januar, Februar, März

Stand: 2.800, 22.2.1992

Spendenkonto:
VORAN, Postgiraamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

Aktuell zur Tarifrunde 1992:

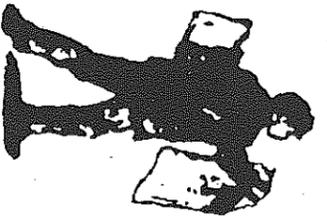
VORAN-Infodienst

Argumente, Hintergründe, Fakten, Daten, Artikel-Zusammenstellung
Preis: 3,-

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name _____
Anschrift _____
Telefon _____

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21/1345 04



Ich möchte VORAN abonnieren, 10 Ausgaben zu 18,- DM zusätzlich _____ Exemplare von jeder Ausgabe zum Weiterverkaufen (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf) ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 30,- DM) NEU: ein VORAN-„Schnupperabo“, 3 Ausgaben zu 5,- DM

Name, Anschrift, Telefon _____

Und ab geht die Post!!!

Vor drei Jahren zerlegte die Kohl-Regierung mit dem Poststrukturgesetz die Bundespost in ihre Bestandteile und gab sie damit zur Privatisierung frei. Wie die Erfahrungen mit Privatisierungen zum Beispiel in Großbritannien zeigen, ist die gesetzliche Aufhebung des Staatsapparats nur der erste Schritt. Die eigentlichen Angriffe auf die Beschäftigten folgen erst nach einiger Zeit.

Oliver Schulz, VORAN-Unterstützer aus Kassel, spricht über die Entwicklungen bei der Post mit Jürgen Klippert von der Deutschen Postgewerkschaft (DPG):

„Von 1986 bis 1989 ist die ‚Rhetorik-Scherer‘ - Aktion eine europaweite Kampagne dem läßt eine europaweite Kampagne zur Privatisierung von Postunternehmen. Dahinter steht der internationale Druck der großen und marktbeherrschenden Konzerne. Ihr Interesse ist es, sich in die Märkte, in denen es vorher Staatsmonopole gab, hineinzuverdrängen. Damals hatten wir noch ein staatliches Monopol und das sollte zerschlagen werden. Auf EG-Ebene gab es dazu Beschlüsse, dies europaweit zu tun. Die CDU war natürlich bereit, das hier politisch umzusetzen.“

Die DPG hatte die wahrscheinlichsten Folgen frühzeitig erkannt: Die gewinnbringenden Teile werden privat und die Verlustbereiche bleiben beim Staat. Die Gegenwehr gegen diesen Angriff war sehr breit angelegt gewesen - wie noch nie zuvor in der Geschichte der DPG. Allerdings haben sich die Aktionen auf Presseerklärungen, Demos und Versuche, auf die Politik einzuwirken, beschränkt. Es haben keine Streiks stattgefunden. Die Kampfbereitschaft der Mitgliedschaft ist nicht genutzt

worden, und das Ergebnis war, daß das Poststrukturgesetz verabschiedet wurde. Danach herrschte große Resignation in der Gewerkschaft, da die ganze Mühe von drei Jahren vergebens erschieden.

Was seitdem geschehen ist, macht deutlich, daß von Anfang an ganz genau geplant war wie man den Privaten den Markt öffnet und Zugang zu den Gewinnen verschafft. Es ist gesagt worden, man wolle die Bundespost wettbewerbsfähig machen. Aber wir haben schnell gemerkt, daß es dafür überhaupt keine Konzepte in den Schubladengab. Es war gar nicht das Ziel, eine gleichberechtigte Konkurrenz herzustellen. Die Post ist damals gezielt sabotiert worden, und es ist z.B. passiert, daß alle Tage neue Preislisten für den Vertrieb gekommen sind und wir die Kunden nicht mehr anständig beraten konnten. Nach dem Poststrukturgesetz ist damals die Dreiteilung der Post erfolgt. Jetzt gibt es zum Beispiel im Bereich Telekom zwei Netzanbieter im Mobilfunknetz ‚D‘: Die Telekom und das Mannesmannkonsortium. Das war der erste Schritt, um das Netzmonopol zu brechen. Jetzt gibt es Bestrebungen, die Privatisierung weiter voranzutreiben.

Die Kollegen merken überall, daß sich die Arbeitsetze total vermerkt hat. Mit dem Poststrukturgesetz sind die rechtlichen Bedingungen für die Privatisierung geschaffen worden und das neue ‚Delcos-System‘ (Dezentrale Leistungs- und Kostenrechnung) schafft die inneren Führungsstrukturen. Jeder Dienststellenleiter ist jetzt für die Kosten und Einnahmen in seinem Bereich zuständig. Er bekommt zentrale Vorgaben und muß sehen, daß er die einhält. Das führt zu Kosteninanspruchnahmen auf dem Rücken der Kollegen. Von den Politikern wird momentan argumentiert, daß das Unternehmen

würde, indem man drastisch Personal kürzt. So sind im vergangenen Jahr bereits 7.500 Stellen weggestrichen worden und dieses Jahr sind es wieder 10.000. Aber diese Stellenklauerei hat gewisse Grenzen, solange so viele Kollegen Beamtenstatus haben.

Die derzeitige Propagandatommel der Bürgerlichen tönt: ‚Beamte arbeiten zu langsam, haben keine Motivation, weil sie ihr Geld ja sowieso kriegen, und überhaupt, daß Staatsbetriebe so unbeweglich sind, hat man ja drüben gesehen!‘

Aber warum sieht die Telekom für Außenstehende so ineffizient aus? Die Telekom z.B. hat den Auftrag, Leistungen flächendeckend und zu überall gleichen Bedingungen anzubieten. Die Privaten haben die Möglichkeit, sich

die Rosinen rauszupicken und können natürlich dann die billigeren Preise machen. Außerdem sitzen die Entscheidungsträger für die Post in der Großen Politik (zusätzlich sitzen in der Generaldirektion einige hochbezahlte Manager) und die treffen alle Entscheidungen im Sinne der Privatwirtschaft und nicht der Post. Mannesmann hat z.B. die Lizenz für ein privates Funknetz erworben. Dazu müssen sie Leistungen von der Telekom mitern, weil sie keine eigenen haben. Zuerst ist für diese Vermietung ein kostendeckender Preis ausgerechnet worden, doch dann hat Postminister Schwarz-Schilling sein Veto eingelegt und einen wesentlich niedrigeren Preis diktiert. Die ganzen notwendigen Daten für die Berechnung des Netzes haben sie sogar umsonst überlassen bekommen.

Speziell deutsche Unternehmen erhalten Aufträge für Lieferungen von Geräten an Telekom, selbst wenn diese teurer sind als im Ausland. Auch vor der Posterschlagung hatten Siemens und SEL den Zulieferbereich fest im Griff.“

VORAN fordert:

- Schluß mit den Privatisierungen, stattdessen Wiederherstellung und Ausweitung des Postmonopols durch Verstaatlichung der im Telekomunikationsbereich bestimmenden Konzerne (Siemens, SEL, Bosch, Mannesmann) unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten und der Gewerkschaften
- Keine Gebührenerhöhungen, sondern Serviceverbesserungen für die einfachen Postkunden.
- Schluß mit dem Arbeitsplatz- und Lehrstellenabbau bei der Post, Übernahme aller Auszubildenden in ihrem erlernten Beruf und in der Region, wo sie ausgebildet wurden.
- Einführung der 35-Stundenwoche bei vollen Lohnausgleich.
- Ein einheitliches Dienstrecht für die Post-Beschäftigten mit Arbeitsplatzgarantie und vollen demokratischen Rechten (einschließlich Streikrecht).
- Alleinige Verwaltung der Post durch einen Verwaltungsrat aus je einem Drittel gewählter Vertreter von Post-Beschäftigten und DGB sowie einem Drittel Staatsvertreter.
- Jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit der gewählten Vertreter von DGB und Beschäftigten, die nicht mehr als das durchschnittliche Gehalt der Postbeschäftigten verdienen dürfen.



Bundesweite Posterdemonstration in Bonn 1988

ÖTV - Tarifrunde Den Streik jetzt vorbereiten

Interview von Voran-Unterstützer Geert Möbius mit einer Persondirktin der ÖTV in einem Kölner Krankenhaus

Siehen die Kollegen hinter den derzeitigen Forderungen - 9,5% mehr Gehalt und 550 DM mehr Urlaubsgeld - und wollen sie sie voll durchgesetzt haben, oder sind sie eher skeptisch bezüglich der Tarifrunde?

Bei den Diskussionen mit unseren Kollegen haben wir festgestellt, daß sie am Anfang einer Diskussion mit Argumenten kamen, wie, die Forderungen sind zu hoch wegen der fünf neuen Bundesländer. Es kamen diese ganzen Dinge, die jeden Tag durch die Medien verbreitet werden.

Wenn wir dann eine Zeit lang mit den Kollegen diskutiert und ihnen vorgerechnet haben, was ihnen alles im letzten Jahr weggenommen worden ist und ihnen noch weggenommen wird, haben sich ihre Überlegungen ganz

schnell geändert. Dann haben sie eingesehen, daß die Forderung richtig und nicht zu hoch ist.

An diesen Diskussionen und dem schnellen Meinungsumschwung haben wir gemerkt, daß das grundsätzliche Problem bei der Aufstellung der Forderungen vor Tarifverhandlungen mangelt. Transparenz ist - warum wir diese Forderung aufstellen und wie sie zustande kommt. Es darf nicht darum gehen, eine hohe Forderung aufzustellen, um dann die Hälfte zu bekommen - wie bei einem orientalischen Teppichhandel. So empfanden die Kollegen zumindest häufig die Tarifverhandlungen in der Vergangenheit, weil sie so kommentiert wurden oder auch selbst bei Funktionären in der Gewerkschaft im Vorfeld so vermittelt worden sind.

Wir versäumen meistens, richtig mit den Kollegen über die Sachargumente zu diskutieren. Bei uns im Betrieb ist jetzt ziemlich klar, daß die Kollegen, wenn sie die Meinung haben, diese 11%

sind berechtigt und wir stehen dazu, auch bereit sind, dafür zu kämpfen. Eher für höhere Lohnforderungen - das ist jedenfalls unsere Erfahrung - als für niedrigeren.

Es sieht so aus, daß die Tarifrunde ziemlich hart wird und daß es keine Anzeichen für Kompromisse gibt. Was für Aktionen wollen denn nötig, um die Forderungen wirklich durchzusetzen, was erwartet ihr an notwendiger Auseinandersetzung?

Wir gehen davon aus, daß das ganze harte Auseinandersetzen werden und daß wir uns auf Streik vorbereiten müssen. Inwieweit das Warnstreiks werden, kann man noch nicht sagen. Aber es wird sicherlich zu größeren Aktionen kommen müssen, um ein halbwegs brauchbares Ergebnis zu erzielen.

Wie streitbereit sind die Beschäftigten im öffentlichen Dienst eigentlich, wenn die Forderung bei den Kollegen auf Zustimmung stößt, auf der anderen Seite aber die ganze massive Propaganda kommt, daß damit die Wirtschaft und der Aufbau in Ostdeutschland gefährdet würde?

Ich sehe das so: Wenn die Gewerkschaft - damit meine ich den Hauptvorstand und den Apparat - ganz klare Signale setzt, daß sie wirklich streiken will und auch ganz klar die Vorbereitungen trifft - denn so ein Streik muß ja vorbereitet werden - dann glaube ich, daß auch die Kollegen bereit sind. Wir haben das mit den Warnstreiks erlebt, bei denen wir vorher sehr skeptisch waren. Wir hatten so etwas noch nie im Krankenhaus gemacht und dachten, die Kollegen erschrecken und wenn wir zum Streik aufrufen. Und dann sind wir auf Station gegangen

Aachener Jusos aktiv gegen Pflegenotstand

Am 18. Februar veranstalteten die Juso-Arbeitsgemeinschaften Aachen-West, -Nord und -Haaren eine Diskussion zum Thema Pflegenotstand. Vorher wurden bei zwei Verteilaktionen vor dem Klinikum Aachen 500 Flugblätter verteilt. Als Referenten waren eine Personalrätin und ein Jugend- und Auszubildendenvertreter des Klinikums eingeladen.

Es kamen 25 Besucher, davon über die Hälfte Beschäftigte aus dem Krankenhaus. In der lebhaften Diskussion wurde deutlich, was der massive Personalmangel im Pflegebereich für die Beschäftigten konkret bedeutet: viele Überstunden, für die es keinen Freizeitausgleich gibt, Ausfall durch Krankheit geht zu Lasten der durch schon überarbeiteten Kollegen. Dazu kommt die Belastung durch den Schichtdienst und die miese Bezahlung dafür. Die Zulage für Nachtdienst beträgt beispielsweise nur 2,50 DM pro Stunde. Es gibt kaum Kinder-gartenplätze für die Kinder der Beschäftigten. Dies alles führt dazu, daß eine Pflegekraft im Schnitt nach vier- bis fünf Jahren den Job wechselt. Eine Pflegerin sagte, sie hätte Angst davor, selbst als Patientin ins Krankenhaus zu kommen!

Man war sich einig, daß die Löhne erhöht und mehr Planstellen geschaffen werden müssen. Auch die Forderung nach psychologischer Betreuung der Pflegekräfte, die regelmäßig mit schwerer Krankheit und Tod konfrontiert sind, wurde gestellt. Ein Ziel soll auch sein, den Beruf des Krankpflegers vom gesellschaftlichen Ansehen her aufzuwerten.

Am wichtigsten war natürlich die Diskussion über die Durchsetzung der Forderungen. Es wurde deutlich, daß es eine große Resignation unter den Beschäftigten gibt. Viele sind unzufrieden, glauben aber nicht daran, daß man etwas verändern kann. Das drückt sich auch darin aus, daß bundesweit nur 20% der Pflegekräfte gewerkschaftlich organisiert sind.

Es gibt aber auch einige Leute, die während sind und sich auch engagieren wollen. Die Krankenhaus-Beschäftigten, die zu der Veranstaltung kamen, waren begeistert, daß die Jusos das Thema aufgreifen und meinen, daß noch viel mehr angegangen wären, wenn wir früher angegangen hätten zu mobilisieren. Es soll jetzt gemeinsam Druck in SPD und ÖTV ausgeübt werden. Die Jusos und die Kollegen aus dem Krankenhaus wollen in nächster Zeit gemeinsame Info-Stände in der Innenstadt und vor dem Klinikum machen.

- und es war überhaupt nicht schwer. Alles hing sehr stark von unserem Auftreten ab. Wenn wir klar gesagt haben, wir machen das so und so, und Ihr braucht auch keine Sorgen zu machen, keine Patienten werden darunter nicht leiden und die Bevölkerung wird auch informiert.

Das heißt, daß die politischen Hemmnisse überwinden werden können, wenn von

der Führung Entschlossenheit gezeigt wird. Es wäre ganz fatal, wenn erst ein Signal ausgesendet wird, wir streiken, und sich die Leute dann damit beschäftigen und das auch wollen und dann würde kurz vorher die ganze Sache wieder abgeblasen. Solche Dinge machen unglaubwürdig und die Leute verlieren den Mut.

„Es wird zu größeren Aktionen kommen müssen, um ein halbwegs brauchbares Ergebnis zu erzielen“

„Hat die SPD noch alle Tassen im Schrank?“	Seite 2
Tarifrunde 1992	Seite 6, 7 und 11

VORAN

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 139 - März 1992

1.-DM - Solidaritätspreis: 2.-DM

DT64 muß bleiben!

Die Proteste für den Erhalt des Jugendenders DT 64 gehen weiter. Jedes Wochenende sind Tausende von Jugendlichen auf der Straße, um sich gegen das Plattmachen „ihres“ Senders zu wehren - besonders in Mecklenburg-Vorpommern, wo seit dem 1. Januar DT 64 abgeschaltet ist.

Die Abschaltung - ein Produkt des wunderbaren Einigungsvertrages - ist ein willkürlicher Akt - denn die Jugend wurde überhaupt nicht gefragt. Per parlamentarischer Mehrheit von zwei Stimmen, und mit dem Hinweis auf beschlossene Gesetze wird den Jugendlichen klargemacht, daß nicht ihre Stimmen und Rundfunktribünen zählen.

Da werden den Jugendlichen die Jobs genommen, Jugendclubs werden dichtgemacht, die Schule wird wegen der ständigen Klausuren und der erhöhten Stundenzahl zum Horrortrip ... und nun wird uns auch noch der Sender genommen. Dieser Sender ist für uns mehr als bloß ein Sender. Dort hören wir unsere Musik, dort finden wir

uns mit unseren Fragen, Ängsten, Problemen und Hoffnungen wieder. Doch unsere Landesobere, Alfred Gromolka and Friends, wissen ja besser, was für uns gut ist - und ein aufmüpfiger, frecher und kritischer Sender ist halt nicht gut für die Moral der Truppe. Doch womit die da oben nicht rechnen, war der feste Wille und die Power der Jugend. Die bislang spektakuläre Aktion war die Besetzung des Rostocker NDR-Gebäudes Anfang des Jahres. Bei der Vorbereitung dieser Aktion dachten wir so an 10 bis 15 Leute. Als dann 200 Jugendliche in das Gebäude marschierten, waren wir selber verblüfft; ebenso erging es den dort arbeitenden Kollegen.

Wir fordern alle Jusos, Gewerkschafter und SPD-Mitglieder auf, sich für DT 64 bundesweit einzusetzen. Außerdem fordern wir:

- ★ Sofortige Wiedereinschaltung von DT 64 auf UKW-Frequenz in Mecklenburg/Vorpommern
- ★ Volle 24stündige Sendezeit in Berlin/Brandenburg für DT 64
- ★ Keine Abschaltung nach dem 30.6.92 in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und Berlin/Brandenburg
- ★ Aufbau eines bundesweiten, überregionalen Jugendrädios unter öffentlich-rechtlicher Trägerschaft, kontrolliert und gestaltet von Jugendlichen in Ost und West (z.B. durch wähl- und abwählbare Vertreter der DT 64-Fan-Clubs und anderer Jugendlichengruppen)
- ★ Rücknahme der Strafanzeigen gegen die Besetzer von Schwerin und Rostock
- ★ Enteignung der Medienkonzerne (Presse und Privatfunk) unter demokratischer Kontrolle. Zugang zu den Medien für alle gesellschaftlichen Gruppen.



Der Staat im Dialog mit der Jugend

Ostdeutsche „Vergangenheitsbewältigung“

Am Samstag, den 15.2.92 beging der PDS-Bundestagsabgeordnete Gerhard Riege Selbstmord. Das Motiv: Riege hatte von 1957 bis 1960 Kontakt mit der Stasi. In seinem Abschiedsbrief heißt es: "Ich hatte Angst vor dem Haß." Dieser Haß wurde bewußt von den Herrschenden und von den Medien geschürt. Sie brauchen einen Sündenbock für die soziale Misere, die sie zu verantworten haben. Neben den Ausländern müssen dafür auch die Ex-Stasileute herhalten. Das ist Stasi-Aufarbeitung mit Stasi-Methoden!

Grenzenlose Heuchelei

Die „Bewältigung“ der DDR-Vergangenheit muß im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Veränderungen gesehen werden. Die Talahrt der Wirtschaft und die Massenarbeitslosigkeit halten trotz des versprochenen Aufschwungs in den neuen Bundesländern an. Das liegt nicht nur daran, daß die Stalinsten die Wirtschaft ruiniert haben. Die Marktwirtschaft ist nicht in der Lage, den ehemaligen Ostblockländern eine wirkliche Perspektive zu bieten.

Die „Bewältigung“ der DDR-Vergangenheit muß im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Veränderungen gesehen werden. Die Talahrt der Wirtschaft und die Massenarbeitslosigkeit halten trotz des versprochenen Aufschwungs in den neuen Bundesländern an. Das liegt nicht nur daran, daß die Stalinsten die Wirtschaft ruiniert haben. Die Marktwirtschaft ist nicht in der Lage, den ehemaligen Ostblockländern eine wirkliche Perspektive zu bieten.

Der Prozeß gegen Mielke

Auch der Prozeß gegen Mielke ist ein klarer Beweis für die Heuchelei der BRD-Justiz. So steht der Ex-Stasiminister Mielke nicht wegen der Bespitzelung der DDR-Bevölkerung vor Gericht, sondern wegen zweier angeblicher Polizistenmorde von 1931. Die Anklageschrift stammt von Nazi-Richtern aus dem Jahre 1933. Während zum Beispiel...

spiel die Mörder von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg sowie Ernst Thälmann trotz Beweisen ihrer Strafe entgingen, wird das ehemalige KPD-Mitglied Mielke vor Gericht gestellt. Das ist ein eindrucksvoller Fall von Klassenjustiz.

Natürlich sollte Mielke wegen seiner Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Aber der westdeutsche Justiz kann diese Aufgabe nicht überlassen werden - kein einziger deutscher Richter würde für seinen Dienst unter der Nazi-Diktatur bestraft, der BRD-„Rechtsstaat“ stütze sich nach 1945 auf alle Nazi-Richter und -beamte. Auch steht nicht der stalinistische Bürokrat...

Mielke vor Gericht, sondern der jungen kommunistische Arbeiter Mielke (Ehefrau war damals 23 Jahre alt).

Die „Erneuerung“ der Ost-CDU

Die Ost-CDU war während der 40-jährigen Geschichte der DDR stets ein treuer Diener der SED. Nach der Herbstrevolution von 1989, die das SED-Regime stürzte, biadederte sich die CDU unter Lothar de Maizière der Kohl-Regierung an. Für einige Funktionen der Ost-CDU war diese Zusammenarbeit eine Möglichkeit. ...